

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis mit der wöchl. Unterhaltungsbeilage *Feden, Wissen, Kunst* sowie der *Frauen- und Jugendzeitung* einschließlich Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3.—, erscheint wöchl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Zwingerstraße 21, II. Telefon 8465.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Zwingerstraße 21. Telefon 1763.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6-spaltigen Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 256.

Dresden, Donnerstag den 4. November 1909.

20. Jahrg.

Das zweite Dutzend. Neue glänzende Landtagswahlflüge.

In zwei Wahlkreisen haben am gestrigen Mittwoch Stichwahlen stattgefunden, zwei neue Siege haben sie uns gebracht. Zwei Gegner, ein Konservativer und ein Nationalliberaler, sind auf der Strecke geblieben. Die Meldungen bezogen:

17. städtischer Wahlkreis. Stollberg-Geier.

Barwert (natl.) 5351 St.

Demmler (Soz.) 5722 St.

Gewählt Demmler (Soz.).

Bei der Hauptwahl erhielten:

Pfarrer Böcher (konf., Ref. u. Mittelst.) 2502 St.

Schuldirektor Barwert (natl.) 2922 St.

Demmler (Soz.) 4884 St.

14. ländlicher Wahlkreis. Freiberg Land.

Pfarrer Starke (konf.) 5232 St.

Raffierer Schmidt (Soz.) 5343 St.

Gewählt Schmidt (Soz.).

In der Hauptwahl erhielten:

Pfarrer Starke (konf.) 3356 St.

Rechtsanwalt Freigang (natl.) 3182 St.

Raffierer Schmidt (Soz.) 3973 St.

Im 17. städtischen Wahlkreise war mit der Möglichkeit zu rechnen, daß Genosse Demmler den Nationalliberalen den Kreis mitnehme werde, das Ergebnis aus dem 14. ländlichen Wahlkreise kam ganz überraschend. Hier hat offenbar ein Teil der national-liberalen Wähler für den Sozialdemokraten gestimmt. Unser Sieg in diesem Bezirk ist deshalb noch besonders erfreulich, weil einer der ärgsten Reaktionsäre, der Pastor Starke, auf der Strecke geblieben ist. Ihm war selbst die lahme Wahlreform, wie sie vom letzten Landtage beschlossen worden war, ein Grauel. Dieser Pastor war ein Erzagrarier, seine realistischen Ansichten waren mindestens ebenso arg wie die eines Dijk.

Beide Wahlflüge bedeuten eine Schwächung der konservativen Partei. Im 17. städtischen Kreise stand zwar ein Nationalliberaler in Stichwahl gegen den Genossen Demmler, aber bisher war dieser Bezirk durch einen Konservativen, und zwar den Fabrikanten Böhler als Geier, vertreten. Der 14. ländliche Wahlkreis aber war von Anfang an ausnahmslos in konservativem Besitz. Jahrzehntlang hat ihn einer der grimmigsten Sozialistenhasser, der Agrarier v. Delschlägel, vertreten. Ihm folgte der Fabrikant Kluge, den schließlich der Pastor Starke bei einer Nachwahl ablöste.

Noch niemals sind die beiden neueroberten Wahlkreise durch einen Sozialdemokraten im Landtage vertreten gewesen. Es ist Rekord, daß erobert wurde.

Wie schon erwähnt, kommt uns der Sieg im 14. ländlichen Wahlkreise überraschend. Unsere Genossen konnten noch Reserven heranziehen. Es scheint aber, als wären selbst den Nationalliberalen die sozial-revolutionär-agrarischen Klagen des Pastors Starke über die Futurjahre gegangen. Zum Entsetzen der konservativen Presse haben sie ein Flugblatt verbreitet, worin es vernünftiger als man es von Nationalliberalen erwarten konnte, heißt:

„Dast Euch nicht irre machen dadurch, daß die Sozialdemokraten den Zukunftsstaat ansprechen. Wir können ein gutes Stück mit den Sozialdemokraten marschieren. Darum mit den Sozialdemokraten gegen die Konservativen.“

Dieses Flugblatt ist ein Zeugnis davon, daß auch im Bürgertum die Erbitterung über das agrarisch-konservative Regiment groß ist und man selbst in ländlichen Distrikten die vollstetigste Reaktion satt hat. Unser Sieg ist hier um so höher einzuschätzen, weil er in einem Kreise möglich wurde, wo die konservative Burg des Freiburger Reichstagswahlkreises ihre feste Stütze hat. Das war vor wenigen Jahren noch die Domäne Delschlägel. Aus diesem Distrikt kamen die Stimmen bei der Reichstagswahl, die für den Reaktionär den Ausschlag gaben. Und jetzt dort ein sozialdemokratischer Sieg!

Der sozialdemokratische Siegeszug ist bei den Stichwahlen in glänzender Weise fortgesetzt worden. Hoffen wir, daß heute der sozialdemokratische Wahlsieg zu einem vollständigen wird, daß der letzte Stichwahltermin die sozialdemokratischen Wahlflüge noch vermehrt und die Reaktion noch ärger schwächt als bisher.

Die bürgerlichen Propagandaorgane beschäftigen sich überaus eifrig mit dem Ergebnis unserer Wahlen, mit dem Siegen der Sozial-

demokratie. Es werden auch bereits allerlei Betrachtungen angestellt, wie sich die parlamentarischen Partei-Verhältnisse in der Zweiten Kammer gestalten und wie sich die Gesetzgebung künftig abwickeln soll. Dabei tritt in den konservativen Blättern die Angst hervor, daß der Einstuß ihrer Partei starke Minderung erfahren werde, und sie beschwören deshalb schon jetzt wieder „alle bürgerlichen Parteien“, gegen die Sozialdemokratie zusammenzuhalten. Die nationalliberale Presse schwankt wieder unsicher auf und ab. Ein Teil befürwortet gleichfalls den Anschluß nach rechts, an die konservative Seite, ein anderer Teil befürwortet eine Taktik von Fall zu Fall. Linksliberale Blätter ermahnen die Nationalliberalen, sich nicht von den Konservativen überrennen zu lassen, sondern eine Politik einzuleiten, bei der auch die Sozialdemokratie mitgehen könne. Diese Blätter, wie die Frankfurter Zeitung, glauben auch die Sozialdemokratie ermahnen zu sollen, daß sie ihre neue bedeutungsvolle Stellung gebrauchen möge, um praktische Politik zu treiben.

Die linksliberalen Blätter mögen sich nur beruhigen: Die sozialdemokratische Fraktion wird, getreu dem bisherigen Willen unserer Partei, praktische Politik treiben. Es wird sich nur darum handeln, ob es gelingen kann, die liberalen Parteien einigermassen auf der Bahn einer Entwicklung mitzuführen, die den freibürgerlichen Bedürfnissen und der sozialen Förderung der arbeitenden Klassen dient!

Die Leipziger Volkszeitung schreibt zu den Stichwahlflügen:

„Diese Wahlflüge sind allerdings nicht, wie wir bereits in unserer Wahlbetrachtung am 22. Oktober ausgeführt haben, dem neuen Wahlgesetz, sondern der Stimmung über die Steuerpolitik im Reiche zugesprochen. Es waren eigentlich keine sächsischen Wahlen, es waren Reichswahlen. Die Motive für ihre Abstimmung holten sich Sachsen Wähler aus der Reichspolitik, aus der Reichsfinanzreform. Und hier hatten sich die Konservativen als die ersten Vorkämpfer der Sozialdemokratie erwiesen.“ Durch die Stichwahlen wurde diese unsere Ansicht noch unterstrichen. Obgleich der ganze bürgerliche Missmut zum Freinonbereinigen aufforderte, haben in allen Wahlkreisen Hunderte von Wählern einen roten Stimmzettel abgegeben. Insofern dürfen wir auch die Stichwahlen als einen großen Erfolg der Sozialdemokratie ansprechen, denn sie berechtigen und zu den kühnsten Hoffnungen bei den nächsten Reichstagswahlen. Es müßte mit dem Teufel zugehen, wenn Sachsen 1912 nicht zu einem knallroten Königreich würde!“

Die Chemnitzer Volksstimme führt aus:

„Wir brauchen uns über keine Niederlage zu ärgern; wir haben viel mehr erreicht, als wir vor der Wahl zu hoffen durften. Den Wall des Vierstimmennachwahlrechts haben wir bei der Hauptwahl im Sturm überfliegen, erst einem neuen zweiten Gegner, dem Zusammenschluß der ganzen reaktionären Masse, sind wir jetzt in den Stichwahlen mit Ehren erlegen. Ueberwiegend ist dabei aber doch stets, daß wir noch immer 7 Stichwahlflüge erzielen konnten. Wir hatten so viel nach dem Marsch der bürgerlichen Parteien und kaum versprochen können. Wir hatten, da wir an 53 von den 57 überhaupt stattfindenden engeren Wahlen beteiligt waren, den Gegnern fast nichts zu bieten; da trieb sie ihr Wandlungswahlrecht sehr zusammen. Unsere Stichwahlparole ist von den Genossen bis auf den letzten Mann befolgt worden. Wir haben also in dem ganzen Wahlkampf von Anfang bis zum Ende unsere volle Schuldigkeit im Interesse der freibürgerlichen Entwicklung in Sachsen getan. Wo wir gestiegen haben, haben wir es unter den schwierigsten Verhältnissen, gegen ein ungerechtes Wahlrecht und vereintete Gegner getan. Wo wir unterlegen sind, haben wir mit Anstand und mit Ehren gesiegt und sind nur im ungleichen Kampfe dem Privilegienwahlrecht und der vereinten Aktion der durch die gleiche Furcht beherrschten bürgerlichen Parteien gewichen.“

Die Dresdner Nachrichten wenden sich in ihrer Betrachtung über das Wahlergebnis nochmals zornig gegen die freisinnigen, die nicht genügen der „nationalen Pflicht“ genügt haben sollen. Dann mahnen sie die beiden großen bürgerlichen Parteien, Konservativen und Nationalliberalen, sich wieder fest aneinander zu schließen und das Banner der bürgerlichen und nationalen Sache in Sachsen gemeinschaftlich hochzuhalten. Dann folgt eine nicht uninteressante Straßpredigt des Blattes an die Adresse seiner konservativen Parteireunde:

„Besonders die Konservativen haben diesmal ganz ungeheuer versagt. Wo waren die prominenten Führer im Wahlkampf, als es galt, in der Vorbereitungsperiode die Weiser mobil zu machen? Man hat sie bergedächselig gesucht, wohingegen die nationalliberalen Landtags- und Reichstagsabgeordneten, sowie viele andere Führer dieser Partei wenigstens ab und zu auf der Schanze des Wahlkampfes zu sehen waren. Die sächsischen Konservativen hätten umso mehr Veranlassung gehabt, sich energisch zu betätigen, als sie wegen der Reichsfinanzreform von den Gegnern hart angegriffen wurden, obwohl sie für die Erbschaftsteuer eingetreten waren; umso mehr auch, als der größte Teil der Presse in Sachsen, namentlich die sogenannte „parteilose“, die liberale und freisinnige Sache vertrat. Demgegenüber wären verdoppelte Anstrengungen eifrig gewesen, um den Ansturm der Gegner erfolgreich abzuwehren. Aber — das muß offen ausgesprochen werden — haben sich die konservativen Parteiführer ihrer allerdinge schwierigen Aufgabe nicht gewachsen gezeigt. Die konservative Wahlpropaganda war so lau wie selten. Man ließ sich in die kümmerliche Defensivdrängen, statt energisch vorzugehen, um sich mit Ehren zu behaupten.“

Die Dresdner Nachrichten betonen ferner, daß im neuen Landtag ganz neue Verhältnisse eintreten werden, da die Möglichkeit verschiedener Mehrheitsbildungen gegeben sei; es könne interessante Gruppierungen und heiße Kämpfe geben; die Nationalliberalen würden unter Umständen mit der Sozialdemokratie gemeinsame Sache gegen die Konservativen machen. Das Blatt läßt schließlich die Hoffnung durchschauen, daß die Sozialdemokratie durch übermäßige Agitationsanstrengungen „parlamentarischen Unfug“ treiben werde; da gelte es für die bürgerlichen Parteien zusammenzustehen, um die positive gesetzgebende Arbeit nicht verzögern oder gar verhindern zu lassen.“

Die Leipziger Neuesten Nachrichten (national-liberal-scharinacherisch) schreiben:

„Die Sozialdemokratie kann, da ihr sechs neue Wahlkreise zugefallen sind, eventuell zur zweitstärksten Partei des neuen Landtages aufrücken, wenn es den Nationalliberalen nicht gelingen sollte, in den noch offenen Wahlkreisen den Sieg an ihre Fahne zu fesseln. Fünfzehn Mandate hatte die Sozialdemokratie in der Hauptwahl errungen, sieben sind ihr erst in der Stichwahl zugefallen. Und das hat, da die Chancen nirgends wirklich ungünstig lagen, nur durch ein Verfallen der Wähler auf bürgerlicher Seite geschehen können. ... Wenn wir als das Hauptmerkmal der ersten sächsischen Landtagswahlen nach dem neuen Wahlrecht die Vernichtung der konservativen Mehrheit bezeichnen haben, so hat der Resultat der Stichwahl bisher dieses Ergebnis nur unterstrichen. Mit 28 Abgeordneten verfügt die konservative Partei noch nicht einmal mehr über ein Drittel aller Stimmen. Aber auch die Nationalliberalen haben nicht die Zahl von Mandaten erreicht, die ihnen die Stichwahlschancen boten. Erheblich gewonnen haben, wie einst bei den letzten Reichstagswahlen, auf bürgerlicher Seite nur die Freisinnigen. Und auf der anderen Seite hat die Sozialdemokratie mit 22 Abgeordneten rund ein Viertel sämtlicher Siege des neuen Landtages inne.“

Die Boffische Zeitung (Freisinnige Volkspartei) schreibt:

„Das Ergebnis der sächsischen Landtagswahlen unter dem Pluralwahlrecht zeigt große Ähnlichkeit mit dem in Baden unter dem allgemeinen gleichen Wahlrecht. Hier wie dort eine Niederlage der Parteien des schwarzen Blocks, daneben ein Rückgang der Nationalliberalen, eine Fräftigung der bürgerlichen Linken und ein beträchtliches Anschwellen der Sozialdemokratie. Im englischen Unterhaus ist gestern auf die deutschen Wahlen als Ergebnis der Finanzreform hingewiesen worden. Wir haben jüngst gezeigt, wie bei den Reichstagswahlen das Wachstum der Sozialdemokratie mit der Finanzreform einsetzte. „Braus, bravissimo,“ schrieb vor wenigen Tagen Herr Singer an einen sächsischen Abgeordneten: „Die Wirkungen der Finanzniederlage zeigen sich in verheißungsvoller Weise für uns. Nur das Feuer nicht erlöschen lassen bis zur Generalabrechnung bei den nächsten Reichstagswahlen.“ In der Tat, die Gesetzmäßigkeit des schwarzen Blocks hat ihre Schuldigkeit getan. In beispiellosem Maße hat die Sozialdemokratie den Boden bereitet.“

Die Frankfurter Zeitung (demokratisch) führt aus:

„Heute morgen wieh sich manchem politischen Philister in Sachsen das Herz im Leibe herumgedreht haben. Bei den gestrigen Stichwahlen haben die Sozialdemokraten abnormals einen größeren Erfolg erzielt, als man erwarten konnte. Sie besitzen jetzt bereits 22 Mandate von 61 ...

Unter diesen Umständen hat es besonders die Sozialdemokratie in der Hand, ob sie in Zukunft in der Zweiten Kammer und damit in der sächsischen Politik eine, wenn auch keineswegs bestimmende, so doch wichtige Rolle spielen will. Sie kann das, wenn sie es über sich gewinnt, mit der bürgerlichen Linken, der sie eine Anzahl Mandate verbaut, praktische Politik zu treiben. Sie könnte damit der politischen und sozialen Entwicklung in Sachsen gute Dienste leisten und ebenso sich selbst und den Arbeitern. Versteht sie sich nicht dazu und bemittelt sie ihre Fortschritte ohne Rücksicht auf das zunächst praktische Erreichbare, so wird die Sozialdemokratie leicht das Land um die Früchte dieser Wahl bringen. Sie würde dann in allen wichtigen Fragen Nationalliberalen und Konservativen zusammenfassen, die mit ihren 53 Mandaten eine sichere Mehrheit haben. Wenn allerdings die bürgerliche Linke und besonders die Nationalliberalen auf eine praktische Mitarbeit der Sozialdemokratie rechnen wollen, dann ist es andererseits ihre Pflicht, eine entsprechende Politik zu treiben. Sie müssen namentlich sozialpolitisch sehr erheblich umlernen und hier mehr Entgegenkommen als bisher zeigen. Besonders in Fragen einer vorzeitigen Lösen und gerechten Sozialpolitik hat es der Nationalliberalismus im Landtage leider oft an Verständnis fehlen lassen. So, um ein besonders einschneidendes Beispiel hervorzuheben, in der letzten Zweiten Kammer bei der Beratung des Vergütungsgesetzes, bei dem berechtigte Arbeiterforderungen einfach unter den Tisch fielen. Der Ausfall der Wahlen wird dahin wirken, daß den Nationalliberalen in dieser Hinsicht künftig das Gewissen gequält wird. Bei einigem taktischen Geschick der Linken wird die Stimmung in Sachsen auch in Zukunft voraussichtlich entschieden links gerichtet bleiben.“

Ähnlich spricht sich das Berliner Tageblatt in einer Korrespondenz aus Dresden aus.

Kommunale Wahlflüge der Sozialdemokratie.

Berlin, 3. November. Bei den heutigen Stadtverordnetenwahlen dritter Abteilung wurden 1 Sozial-Vortschrittlicher, 14 Sozialdemokraten und kein Liberaler gewählt. Eine Stichwahl zwischen Liberalen und demokratischer Vereinigung macht sich ge-

fordert. Die Liberalen verloren an die Sozialdemokratie drei Mandate.

Börlig, 4. November. (Privattelegramm.) Die gestrigen Stadtordnenwahlen brachten der Sozialdemokratie einen glänzenden Sieg. Die Sozialdemokraten behaupteten ihre bisherigen vier Sitze und eroberten vier neue Sitze, so daß sie acht Mann stark in das Stadtparlament einzeln werden.

Das Strafsystem des neuen Strafgesetzentwurfs.

An der Spitze des Strafsystems steht wiederum die Todesstrafe; die Begründung macht langatmige Ausführungen, weshalb sie noch immer nicht beseitigt werden könne. Es wird die Notwendigkeit betont, den „Staat“ durch die Todesstrafe für Hochverrat zu sichern. Dabei ist aber die Todesstrafe im alten wie im neuen Strafgesetzbuch nur auf den Mordanschlag gegen Kaiser und Landesherren gesetzt, und gerade in diesem Falle kann doch kein vernünftiger Mensch sie für wirksam oder gar unentbehrlich halten. Die große Zahl von Attentaten auf gekrönte Häupter beweist, daß die Todesstrafe nirgends politische Fanatiker abschreckt, daß diese immer bereit sind, ihr Leben zum Opfer zu bringen, am meisten da, wo am häufigsten gehängt wird. Die unbedingte Festhaltung der Todesstrafe für dieses einzige Delikt hat also lediglich den Zweck einer monarchischen Demonstration. Man will die Verlorer des Fürsten über die Menge hinausheben, ihr den Nimbus einer gewissen Göttlichkeit verleihen und dokumentieren, daß man sich dem Geist der Zeit durchaus nicht weigert.

Beim gewöhnlichen Mord macht der Entwurf wenigstens die Konzession, daß er die Todesstrafe nicht mehr unbedingt fordert, sondern bei mildern Umständen Zuchthaus zulassen will.

Die Begründung beruft sich darauf, daß in Frankreich die Beibehaltung der Todesstrafe beschlossen worden sei; man weiß, unter welchen Umständen dies geschehen ist, und wie die nach Ablehnung der Abschaffung vorgenommenen Enthauptungen von Rördern, die wahrlich kein Mitgefühl erregen konnten, alsbald die öffentliche Meinung wieder gegen die Todesstrafe eingenommen haben. Was die Begründung sonst für die Todesstrafe anführt, ist zum größten Teil recht fadensteif. Nichtig ist, daß auch die moderne Strafrechtslehre, die die Zuchthausstrafe vertritt, sich mehr und mehr der Todesstrafe zuneigt, welche dann auch tatsächlich die wirksamste Verhinderung einer Wiederholung des Verbrechens wenigstens durch dieselbe Person, und die häufigste Form der Sicherung darstellt. Die vielen üblichen Gründe für und gegen die Todesstrafe — seien sie materialistisch oder idealistisch — haben an sich wenig Beweiskraft. Unser Menschheitsgefühl lehnt sich dagegen auf, daß die Gesellschaft sich mit blutigen Gewalttaten befreit.

Die Freiheitsstrafen des geltenden Strafgesetzes haben, wie man wohl sagen kann, einen Vantrott erlebt. Immer mehr nimmt die absolute und relative Zahl der abgeurteilten Straftäter zu. Die Zahl der Rückfälligen, die man als „Gewohnheitsverbrecher“ bezeichnet, wächst, je es bildet sich ein gewerbemäßiges Verbrechertum heraus, dessen ganze wirtschaftliche Lebensgrundlage das Verbrechen ist, und was das Schlimmste ist, die Kreise der heranwachsenden Jugend werden in dies berufsmäßige Verbrechen hineingezogen. Es ist wahr, daß der innere Grund davon in gesellschaftlichen Verhältnissen liegt, aber jedenfalls hat sich das Strafsystem ohnmächtig dagegen erwiesen. — Und mehr: Es steht fest, daß die Freiheitsstrafen nicht nur nicht bessern, nicht abkürzen, sondern daß sie in unzähligen Fällen die Willenskraft der Verurteilten vollständig ruinieren, ihnen die Möglichkeit eines redlichen Erwerbs abschneiden und sie immer tiefer ins Verbrechen hineintreiben. Die Gefängnisse, und zwar nicht nur die kleinen mit ihren mangelhaften Einrichtungen, werden zu Schulen des Verbrechertums.

Daran ist zum großen Teil die Art des Strafbollzuges schuld. Was Reuß und Max Treu in ihren Publikationen über die Zuchthäuser, und Gefängnisstrafe der Öffentlichkeit mitgeteilt haben, was seitdem durch viele ähnliche Schriften und durch die Flügelzeitung des Vorwärts bekannt geworden ist, kann einen Schauer machen. Die Erfolge der Arbeitshäuser und Vesperanstalten sind nicht günstiger. Das öffentliche Rechtsgefühl und die Strafsittlichkeit selbst, soweit sie ethisch und gewissenhaft ist, leiden unter dem Verwahrlosten, daß die Freiheitsstrafe viel böses schafft und wenig nützt. Es herrscht eine wahre Sehnsucht nach Veränderung des ganzen Systems von Grund aus.

Dies muß nun gleich gesagt werden, daß der Vorentwurf diese Wünsche nicht befriedigt, ja daß er auf dem Gebiete des Strafsystems der Freiheitsstrafen eigentlich so ziemlich alles beim alten läßt.

Der Vorentwurf hält an der alten Dreiteilung von Verbrechen, Vergehen und Übertretungen und an den drei Freiheitsstrafen, Zuchthaus, Gefängnis, Haft, fest. Er beseitigt die Festungshaft und hebt die gewöhnliche Haft aus auf eine Reihe von Delikten, wo bisher nur Gefängnis neben Geldstrafe zulässig war. Konsequenterweise hätte er — wenigstens bei einem Teile dieser Delikte — die Gefängnisstrafe, der doch immerhin ein gewisser Ehrenmangel anhaftet, ganz beseitigen müssen, namentlich bei den sogenannten politischen Straftaten. Dazu hat aber die Entschiedenheit nicht gereicht. Was das Gesetz wahlweise Haft und Zuchthaus zuläßt, darf wie bisher auch Zuchthaus nur erkannt werden, wenn die Tat einer ehrlösen Bestimmung entsprungen war. Dasselbe soll aber nicht gelten bei der Wahl zwischen Haft und Gefängnis. Auch dies ist unkonsequent. In beiden Fällen müßte unbedingt eine andere Strafe als Haft ausgeschlossen sein, wenn die Tat seiner ehrlösen Bestimmung entsprungen ist.

Die Haft ist mit gewissen Garantien für würdige Behandlung, einem Recht auf Selbstbeschäftigung und Selbstbeschäftigung ausgestattet; dagegen fehlt die bei Festungshaft bisher in der Praxis übliche Möglichkeit zu ausgiebiger Bewegung in freier Luft, die Ausgestaltung der Haft zu einer Art halbfreien Zustandes.

Die in anderen Ländern gemachten Versuche mit häuslicher Haft oder umgekehrt mit Gefängnishaft unter Verurteilung für die Arbeitszeit zu einer frei zu verrichtenden Arbeit sind im Entwurf nicht berücksichtigt. Die Erfolge davon werden anderwärts sehr gelobt, und wenn auch noch keine abschließenden Erfahrungen vorliegen, so wird man eben nie zu Fortschritten kommen, wenn man nicht einmal etwas Neues wagt.

Meht zu begreifen ist es, daß der Entwurf sich gegen die Deportation ablehnend verhält, die von Kolonialphantasien immer wieder gepredigt wird. Was darüber in der Begründung steht, ist nichternes Tatsachenmaterial. Interessant ist, daß bei dieser Gelegenheit wieder einmal die Unbrauchbarkeit unserer herrlichen Kolonien für eine deutsche Ansiedlung größeren Stils anerkannt wird.

Wenig Hoffnung kann es erwecken, daß der Vorentwurf die Ausgestaltung und praktische Handhabung des Strafbollzuges, auf die doch alles ankommt, den Verwaltungsvorschriften des Bundesrats und den Einzelstaaten überweisen will. Von diesen Seiten ist nichts Gutes zu erwarten. Kein Versuch wird gemacht, dem sklavischen Drill und dem geistlosen Reglementarwesen, das die Gefängnisse und Zuchthäuser so unfruchtbar und so unfähig zur Erziehung und Besserung der Sträflinge macht, für die Zukunft vorzubeugen.

Die Prügelstrafe als gerichtliche Strafe lehnt der Entwurf ab, wohl sehr zum Schmerze der konservativen Ansehenbegeisterung. Tadellos fehlt eine gezielte Sicherung gegen das Prügeln in den Zuchthäusern. Im Gegenteil will der Entwurf noch bestimmen, daß im Urteil torturartige Verschärfungen aller Gefängnis- und Zuchthausstrafen durch stoßmindernde und harte Lagerstätte festgesetzt werden können, wenn „die Tat von besonderer Roheit, Bosheit oder Verworfenheit zeugt, oder nach den Vorbetrachtungen des Täters anzunehmen ist, daß der gewöhnliche Strafbollzug auf ihn nicht die erforderliche Wirkung ausüben werde“. Das heißt also, daß solche Verschärfungen, z. B. auch bei mehrfach wegen Preßdelikts bestrafte Zeitungsredakteure oder wegen gewerblicher Klauereien bestrafte Gewerkschaftsbeamten angewendet werden dürfen. Ganz abgesehen davon, daß solche physische Qualereien völlig nutzlos sind, so sind sie einer Kulturration unwürdig und besonders unwürdig des Richteramtes. Die Richter sollten sich dafür bedanken, sich zu Foltermethoden erniedrigen zu lassen.

Sehr bedenkliche Konzessionen an den Fanatismus, der durch möglichst lange Einperrung des Verbrechens die Gesellschaft schützen will, sind die Vorschläge über den Rückfall. Selbstverständlich wird der Richter bei Rückfällen zu höheren Strafen greifen können, aber gefährlich ist es immer, ihn dazu zwingen zu wollen und hohe Mindeststrafen festzusetzen. Wir erleben alltäglich, zu welcher unsinnigen Härten die Mindeststrafen beim Rückfall führen. Das soll nun auch auf andere Delikte ausgedehnt werden. Ebenso verwerflich ist die hohe Mindeststrafe bei „Erwerbs- und gewohnheitsmäßigen Verbrechen“ (§ 89 des Vorentwurfs). Man soll auch für solche Fälle Freiheit im Strafmaß nach unten lassen.

Dagegen enthält der Vorentwurf doch einzelne Verbesserungen des Strafsystems, von denen hier folgende genannt sein mögen:

Am wichtigsten ist ein allgemeines Recht des Richters, in besonders leichten Fällen, d. h. wenn die Folgen der Tat unbedeutend sind und andere Entschuldigungsgründe vorliegen, die die Anwendung der gesetzlichen Strafe zu einer unbilligen Härte machen würden, die Strafe nach freiem Ermessen zu mildern oder ganz von ihr abzusehen. Die dem Richter überlassene milde Strafe soll auch bei Erwachsenen in einem Verweile bestehen dürfen. Natürlich kommt hierbei viel auf die Anwendung an: die Bestimmung kann zu mancher Willkür, zu einseitiger Begünstigung bevorzugter Kreise führen, und wird sie und da sicher so angewendet werden. Trotzdem ist sie ein Segen, denn sie wird den Richter darauf hinweisen, daß menschliche Gefühl über den Buchstaben zu sehen, und sie erkennt endlich an, daß nicht in jedem Falle gestraft zu werden braucht. Jede Reform des Strafrechts muß vor allem auf eine Beseitigung aller irgend entbehrlichen Strafen hinwirken.

Deshalb ist es auch sehr wertvoll, daß die alten Forderungen erfüllt werden sollen. Verurten unter 14 Jahren der Strafsittigkeit gänzlich zu entziehen, und bei geistig minderwertigen, die nicht als unzurechnungsfähig angesehen werden können, die Strafen zu mildern.

Verurten, auch erwachsene, die zum erstenmal wegen eines Vergehens zu Freiheitsstrafe verurteilt werden, sollen durch richterliches Urteil bedingte Strafaussetzung erlangen können, so daß die Strafe nur bei einer neuen Verurteilung innerhalb gewisser Frist vollstreckt wird. Das ist eine Verbesserung gegen die jetzige „bedingte Verurteilung“, die meist nur Jugendlichen zuante kommt; indessen müßte die ganze Einrichtung noch wesentlich ausgebaut werden. Es wäre richtig, die Verurteilung selbst nur bedingt auszuprechen, so daß nach Ablauf der Bewährungsfrist die ganze Verurteilung als solche beseitigt wäre.

Personen, die zum Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte oder anderer Rechte, z. B. zur Unfähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden, verurteilt sind, können nach dem Entwurf diese Rechte nach Ablauf einer Bewährungsfrist wieder erhalten. Ebenso können nach längerer Zeit Strafen im Strafregister gelöscht werden.

Bei Geldstrafen will der Entwurf die Abzahlung in Raten gesetzlich festsetzen. Auch ist dieser Vorschlag der Verbesserung nach sehr bedürftig.

Einige dieser Reformanträge des Entwurfs enthalten im Prinzip nichts Neues, sondern wollen nur gesetzlich festsetzen und realisieren, was in beschränkterem Umfang schon im Verwaltungs- oder Gnadenwege eingekehrt war; aber auch das ist immerhin ein Fortschritt. **Wolfgang Reine.**

Deutsches Reich.

Wirtschaft bei der Marineverwaltung.

Durch eine Art Ueberrumpelung des Reichstages ist es im vorigen Jahre bei der Beratung des Marineetat's zu keiner Generaldebatte gekommen. Der Schluss, daß also mit der Marineverwaltung allgemeine Zufriedenheit bestehe, ist aber entschieden falsch. Die kommende Reichstagsession dürfte für den Admiral v. Tirpitz nicht so glatt verlaufen. Der Prozeß in Kiel hat bereits Mißstände auf der kaiserlichen Werft erkennen lassen, wie sie in Ausland auch nicht viel schlimmer sein können. In den Danziger Nachrichten wird nun darauf hingewiesen, daß es bei dem Verkauf ausgewandeter Schiffe ebenfalls in fast russischer Weise zugeht. Die Hofstadt Kaiserladler, die trotz ihres Alters noch in durchaus bordsmäßigem Zustand ist, kommt demnach zum Verkauf. Dieser Verkauf von Schiffen geschieht in folgender Weise: Die Werft taxiert das betreffende Schiff auf Abbruch, d. h. es wird der Wert ermittelt, den die einzelnen Materialien (Eisen, Maschinen, Holzteile usw.) am Tage des Verkaufs darstellen, ohne auf den Gebrauchswert des Schiffes Rücksicht zu nehmen. Für den Ankauf der Schiffe kommt stets nur ein kleiner Kreis von Personen in Frage. Die gemachten Angebote werden geheim gehalten. Nicht nur jemand, der diesem engen Kreise nicht angehört, ein höheres Angebot, so ist mit

Bestimmtheit darauf zu rechnen, daß noch im letzten Moment eine Ueberbietung durch den King erfolgt, die sich offenbar auf irgendetwas Weise Kenntnis von der Höhe der erfolgten Angebote verschafft hat. Der Gewährsmann der Danziger Nachrichten sagt dann:

„Ich halte es für nötig, daß beim Verkauf eines Kriegsschiffes alle in Betracht kommenden Noederen bezeugen, die den Bau des Schiffes und Bezeichnung in Kenntnis gesetzt werden, damit Konkurrenz geschaffen wird; dann muß der Verkaufsmodus derart sein, daß Gauerien à la Kiel ausgeschlossen sind.“

Die Germania ist in der Lage, all das Befähigen zu können. Das ganze Einkaufs- und Verkaufssystem bei der Marineverwaltung zücht förmlich die Ringbildung. Das diese Quelle überstürzt im Reichstage einer schonungslosen Kritik unterzogen wird, ist selbstverständlich. Öffentlich wird Herr v. Tirpitz bis dahin nicht von „Gesundheitsrückichten“ befallen.

Änderungen der Bestimmung über die Sonntagsruhe.

Seit längerer Zeit finden Erhebungen statt, um eine Änderung der gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe herbeizuführen. Sie haben ergeben, daß die volle Sonntagsruhe in Kontoren und in nicht mit offenen Verkaufsstellen verbundenen Betrieben durchführbar ist, und daß es nur der ausnahmsweisen Zulassung einer höchstens zweifachen Beschäftigung für gewisse Fälle und Gewerbebedürfnisse bedarf. Das in dem vorläufigen Entwurf einer Abänderung der gesetzlichen Bestimmungen aufgestellte Prinzip der völligen Sonntagsruhe, das in mehreren Gemeinden bereits ortstatutarisch durchgesetzt ist, wird sich für diese Betriebe daher aufrecht erhalten lassen. Für die offenen Verkaufsstellen auf dem Lande und in mittleren Städten hat sich gezeigt, daß eine Beschäftigungszeit von drei Stunden — bisher 5 Stunden — allgemein ausreicht, sofern die Ausnahmen für Gewerbe beibehalten werden, deren Ausübung an Sonn- und Festtagen zur Befriedigung täglicher oder an diesen Tagen besonders hervortretender Bedürfnisse der Bevölkerung erforderlich ist. Eine Scheidung der Städte nach der Zahl der Einwohner und die gesetzliche Festlegung einer kürzeren Beschäftigungszeit oder der vollen Sonntagsruhe für die größeren Städte soll sich nicht als zweckmäßig erweisen haben.

Öffentlich läßt die Ausarbeitung eines neuen Gesetzeswarbes nicht lange auf sich warten.

Schad's Reichstagsmandat.

Die Deutsch-Sozialen Blätter, das im Verlag der deutsch-sozialen Partei erscheinende Organ der Parteileitung der Deutsch-Sozialen, schreibt:

„Schad wurde in eine bekannte Verweilanstalt gebracht in der er sich noch immer befindet. Er lebt dort völlig abgeschlossen, die Verbindung mit der Außenwelt wird nur durch sein nächsten Angehörigen aufrecht erhalten, Zeitungen liest er nicht, und seine einzige politische Kundegebung war eine abermächtige Zuschrift, datiert von Mitte Oktober, in der er nachmals im Mandat niedertrotzt. Aber auch diese ist, aus denselben Gründen wie die erste, einseitig zu den Akten gelegt worden, bis der Parteivorstand sich durch das Gutachten der Schad behandelnden Ärzte oberhalb davon überzeugt hat, daß er in der Lage ist, aus allen Umständen gültige Willenskundgebungen abzugeben. Dann wird die Niederlegung des Mandats sofort erfolgen, in Monate, vielleicht Jahre vergehen werden, ehe Schad völlig wieder hergestellt sein wird, und eine parlamentarische Tätigkeit hat aus diesem Grunde ausgeschlossen ist. Der Zeitpunkt der Entlassung aus der Verweilanstalt kann heute noch nicht bekannt werden, und daß die Mandatsniederlegung vorher erfolgen kann, ist sehr unwahrscheinlich.“

Die Hauptfrage an dieser Erklärung ist das Geständnis, daß Schad zweimal schriftlich seinen Willen bekundet hat, sein Reichstagsmandat niederzulegen. Die Freunde des Herrn Schad dürften, so bemerkt mit Recht die Vorwärts-Zeitung, diese Willenskundgebungen unter keinen Umständen zurückhalten, sondern müßten sie sofort an das Reichstagsbüro weitergeben. Denn dem Reichstag allein, nicht den Freunden des Herrn Schad steht die Entscheidung zu, ob alle Voraussetzungen für einen rechtsgültigen Verzicht auf das Mandat erfüllt sind oder nicht.

Antifische Posthinterziehung.

Von einem ostpreussischen Landrat wurde unlängst berichtet, daß er es als zu seiner Berufstätigkeit gehörig betrachtet, augenblicklich eines notleidenden konservativ-agrarischen Wäldchens als Gemeindevorsteher, Gutsvorsteher und Lehrer seines Kreises zurückzuführen, in denen diese „amtlich“ aufgeführt wurden, für den Volksfreund — so hieß das hilflose Aggregat konservativ-agrarischer Preßzeugnisse — fleißig Abonnenten zu sammeln. In diesem landräthlichen Zirkular hieß es unter anderem:

„Ich ersuche um Mitteilung binnen acht Tagen wieder Exemplare des Volksfreundes bestellt werden. Der Abonnementspreis für das nächste Vierteljahr bitte ich halbfällig unter der Adresse des königlichen Landratsamtes postfrei einzusenden. ... Ich ersuche, für weitere Verbreitung des Volksfreundes und Gewinnung einer größeren Abonnentenzahl sich nach Kräften bemühen zu wollen.“

Selbstverständlich wurde nicht nur als Versandumschlag des fraglichen Wäldchens Formularpapier des Landratsamtes verwendet, sondern auch die erwähnten Zusendungen an die Gemeindevorsteher und Lehrer wurden mit dem Vermerk „Frei laut Vermerk“ postfrei berichtigt. Diese Ausnutzung der amtlichen Postfreiheit für private Propagandazwecke scheint man nicht auf dem einen ostpreussischen Landrat beschränkt gelassen zu sein, sondern der Anflug scheint auf den preussischen Landratsämtern betraglich gravierter zu haben, daß er selbst den Ministern über die Postfreiheit ging. Wie nämlich die Berl. Morgenpost erzählt, haben sich die preussischen Minister des Innern und der Finanzen gegen diese „Reinen Postumgelegen“ in einem Erlaß gewandt, in dem unter anderem ausgeführt wird:

„Es ist mehrfach beobachtet worden, daß von staatlichen Behörden die Verwendung von Postfachen nicht dienlich oder nicht rein dienlicher Natur unter dem Vorwand der Postfreiheit bewirkt worden ist. Dies dem Postabfertigungsbüro nicht dienlich ist, da die Benutzung dieses Vermerks Vorschriften unzulässig, da die Benutzung dieses Vermerks auf rein dienliche Sendungen, deren Porto von der Staatskasse zu tragen ist, beschränkt bleiben muß. Besonders wird auf das hingewiesen, daß es unzulässig ist, in mit dem Postabfertigungsbüro zu versenden Postsendungen, die unterstellen Beamten und Behörden sollen hierüber selbständig werden.“

Ob sich die hier in Frage kommenden Landräte diesen Einflüssen mit dem Jaunpfahl zu Gemüte nehmen werden?

Der Prügelkast von Mieslau.

Wie mitgeteilt, war von der Staatsanwaltschaft in Gosen ein Verfahren gegen den Leiter der Fürstengasthof Mieslau, Kasimir Reichaupt, wegen der dort vorgenommenen Mißhandlungen von Zeitungen eingeleitet worden. Nun ist, wie der Berliner Lokal-Anzeiger, gegen Reichaupt Klage erhoben worden, und

Oeffentl. Einwohner-Versammlung für Loschwitz und Weißer Hirsch

Sonnabend den 6. November, abends 8 1/2 Uhr, im Hotel Demnitz in Loschwitz.

Tages-Ordnung:

1. Die Bedeutung der Kommunalpolitik. Referent: Landtagsabgeordneter Genosse Ernst Schulze-Coffebande.
2. Die bevorstehenden Neuwahlen zum Gemeinderat in Loschwitz und Weißer Hirsch und unsere Tätigkeit in den Gemeinderäten.

Zu jedem Punkt Debatte.

Einwohner von Loschwitz und Weißer Hirsch! Es ist Ehrenpflicht, die Versammlung recht zahlreich zu besuchen. Der Einberufer.

Achtung! Dölzschen!

Sonnabend den 6. November, abends 9 Uhr, in Muschters Gasthof

Oeffentl. Einwohner-Versammlung

Tages-Ordnung:

1. Gemeindepolitik. Ref.: Genosse Arbeitersekretär Buck.
2. Bericht der Gemeindevertreter.
3. Aufstellung der Kandidaten.

Zu jedem Punkt Debatte. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Einberufer.

Konsumverein für Pieschen u. U.

Donnerstag den 11. November 1909, abends 8 Uhr

Ordentliche Generalversammlung

im Saal zum Goldenen Baum, Dresden-Trachau, Leipziger Straße 220.

Tages-Ordnung:

1. Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrates über das verlossene Geschäftsjahr.
2. Vortrag und Beschlussfassung über die statutenmäßige Revision.
3. Vortrag der Jahresrechnung sowie der Bilanz auf das Geschäftsjahr 1908/09 und Genehmigung derselben.
4. Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinnes.
5. Neuwahl für die auscheidenden Aufsichtsrats-Mitglieder.
6. Antrag der Gesamtwahl: Erwerbung von Grundbesitz.
7. Ausschließung von Genossen nach § 51, Absatz e, der Statuten.
8. Geschäftliches.

Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte gestattet.

Ebegatten, die nicht Mitglied sind, haben keinen Zutritt.

Dresden, den 3. November 1909.

Der Aufsichtsrat: Robert Rasch, Vorsitzender.

Restaurant von August Henke
Mohnstr. 1, Ecke Torgner Str.
Bringe meine freundl. den
Lokalitäten, d. Speisen u. Ge-
tränke in empfl. Erinnerung
Schönes Gesellschaftszimmer.

E. Schurigs Restaurant
14 Stiftstraße 14
Grosser Mittagstisch.
Freitags: Schlacht-Fest.
Verkehrs-Lokal der Modelltischler.

Reichshallen
Bismarckstr. 13, 1. u. v. B. B. B. B.
Täglich:
Gross. Freikonzert
Hierzu ladet freundlich ein
Theodor Rudolph.

Feinste
Tafelbutter
1.30 M. das Pfund
Max Nieke
nur 23 Webergasse 23
Bitte auf Firma und Haus-
nummer 23 zu achten!

Hemden - Barchent
sowie gutgearbeitete
Barchent - Wäsche
für Erwachsene und Kinder
in grosser Auswahl
Solid! Billig!
28 Ernst Venus
Annenstr. 28.
Gegründet 1882.

Kinderleiterwagen u. Klapp-
stühle
billig zu verkaufen. Litzengasse 8, p.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschl.
Zahlstelle Dresden u. U.

6 Fabrikarbeiter-Versammlungen

Sonnabend den 6. November, abends 8 1/2 Uhr
im Gasthof zum alten Kloster in Leubnitz-Neuostritz
Referent: Kollege Gustav Reuring

Sonnabend den 6. November, abends 8 1/2 Uhr
im Gasthof zur Höhe in Lentewitz
Referenten: Kollege Otto Bach, Deuben, und Karl Thiemig

Sonnabend den 6. November, abends 8 1/2 Uhr
im Restaurant Kamerun in Kötzsch-Coswig
Referent: Kollege Paul Richter

Dienstag den 9. November, abends 8 1/2 Uhr
in der Linde in Hausslitz, Kesselsdorfer Straße
Referent: Kollege Michael Rimmich, Mägeln

Dienstag den 9. November, abends 8 1/2 Uhr
in Watzkes Etablissement, Miekten, Köpfigenbrosen
Straße
Referent: Kollege Paul Schneider

Mittwoch den 10. November, abends 8 1/2 Uhr
im Restaurant zur Elehe in Striesen, Huttenstraße
Referent: Kollege Karl Thiemig.

Tages-Ordnung in allen Versammlungen:

1. Die wirtschaftliche und soziale Lage der Fabrikarbeiter und wie kann diese verbessert werden?
2. Der Fabrikarbeiterverband, seine Ziele und Erfolge.
3. Berufs- und Verbands-Angelegenheiten.

Debatte.

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen! Sorgt alle für zahl-
reichen Besuch dieser Versammlungen! Zeigt euer Interesse
an der Verbesserung eurer Existenz! Die Verwaltung.

Konsumverein f. Schmiedeberg u. Umg.

Sonntag den 14. November 1909
nachmittags Punkt 2 1/2 Uhr

16. ordtl. Generalversammlung

im Gasthof zu Raasdorf.

Tages-Ordnung:

1. Besetzung der Jahresrechnung und Rechnungslegung derselben.
2. Beschlussfassung über Verteilung des Reingewinnes.
3. Neu- und Ergänzungswahlen der Aufsichtsratsmitglieder.
4. Revisionsbericht.
5. Anträge, wenn solche bis zum 8. November 1909 beim Vorsitzenden des Aufsichtsrates eingereicht sind.

Eintritt nur gegen Vorzeigung der Mitgliedskarte.

Gustav Lässig, Vorsitzender.

Rabenau, Klein-Delfa und Umg.

Sonntag den 7. November, nachm. 4 Uhr, im Gasthof zu Klein-Delfa

Frauen-Vortrag

von Fräulein Hammacher, Dresden, über:

Reife und Wechselzeit des Weibes und ihre Gefahren
Hierzu ladet ein Der Naturheilverein im Pl. Grande.

Bürger-Schänke

Palmstrasse | eine Minute vom Postplatz

Jeden Freitag von abends 7,6 Uhr an

Grosses Gänse-Essen

Nur Prima Prager Fleischgänse

mit Rotkraut und Kartoffeln.

Nur grosse Portionen 65 Pf.

A. Mäfers Restaurant zur Miekten Baubörs
Dresden-Miekten, Kommissstraße, Ecke Trachauer Str.
empfehlen keine schönen, geräumigen Lokalitäten. Bereinigungszimmer, 80 Personen
fassend, steht jederzeit zur Verfügung. Asphalt-Regelbahn.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil:
Robert Grösch, Dresden-Neugrund.

Verantwortlich für den Anzeigen-Teil:
Reinhold Eichler, Dresden.

Druck und Verlag: Roden & Komp., Dresden.

Hand auf's Herz



verehrte Hausfrau, und urteilen Sie einmal unparteiisch. Setzen Sie das unbegründete Vorurteil gegen Margarine beiseite, probieren Sie die besten Marken

Rheinperle und Solo

Dann wird Ihnen Ihr Urteil diese beiden erstklassigen Produkte empfehlen und Sie zu ständigem Verbrauch veranlassen. Rheinperle und Solo sind wesentlich billiger als feinste Meiereibutter, aber wie diese in jeder Beziehung gleich gut verwendbar.

Überall erhältlich.

Aleinige Fabrikanten: Holländ. Margarine-Werke Jurgens & Prinzen, G. m. b. H., Goch (Rheinland).

Ausscheiden! Aufwahren!
Da auf d. Inserat Rabatt.
Alle Hyg. chirurgischen

Frauenartikel
Vorfalbandagen,
Selbstklystierer, Urinale,
Spülkannen, Schläuche,
Monatsbinden, Dtd. 50 Pf.

Leib-Binden
alle Systeme auch
nach Maass. Büstenwaschen,
Menstruationstropfen.

Mutterspritzen
von 1.50 M. an
nur ärztlich empfohlene und
sichere Apparate.
Preisliste und Auskunft gratis.

R. Freisleben
nur Postplatz

zwischen Wettiner- und Annenstr.
Man achte auf Firma!

ff. Hafermastgänse
das beste, was es gibt

Hasen
geschickt und im Fell
Koch- und Brat-Hühner
empfiehlt billigst
K. Schubert, Oppellstr. 3.

Muster-Anzüge
Winter-Ueberzieher
Erlaub für Maßarbeit.
Nur Neuesten.
12.50 bis 48.00 M.
Landhausstr. 10, I.

Herrn - Wäsche
Krawatten, blaue Anzüge
kauft man am billigsten bei
E. Köhler, Am See 13.

Sächsische Angelegenheiten.

Die Freisinnigen und die Stichwahlen.

In der am letzten Sonnabend abgehaltenen Monatsversammlung des Vereins der freisinnigen Volkspartei in Lausitz sprach Herr Günther über die Stellung der Freisinnigen zu den Stichwahlen. Nachdem der Redner die Niederlage der konservativen Mehrheit festgestellt, führte er aus, die Nationalliberalen hätten vor der Hauptwahl mit der freisinnigen Volkspartei ein Stichwahlabkommen gewünscht, daß die liberalen Parteien zur gegenseitigen Unterstützung verpflichtet wären. Im Hinblick auf entgegenstehende Beschlüsse des Landesvereins der freisinnigen Volkspartei konnte darauf nicht eingegangen werden. Es hätten aber auch taktische Erwägungen dagegen sprechen müssen. Nach der Hauptwahl verbleibenden die Konservativen und Nationalliberalen Stichwahlparolen, die das Eintreten für alle bürgerlichen Parteien fordern. Man trat aus den genannten Parteien an ihn heran, das gleiche zu tun. Weder im Namen des Landesvereins der freisinnigen Volkspartei, noch im Namen des Vorstandes des Landesvereins der freisinnigen Volkspartei konnte darauf nicht eingegangen werden. Es gäbe naive Politiker, die glauben, daß diese Unterstützung unter allen Umständen sicher sei. Man hätte aber keine ausreichende Gewähr und das sei der springende Punkt, daß die Konservativen nicht einmütig die freisinnigen Kandidaten wählen würden, wenn nicht eine freisinnige Gegenleistung dargeboten würde. Mit großem Nachdruck hob Herr Günther hervor, daß man doch unmöglich die politischen Verhältnisse aus den engen Grenzen eines Wahlkreises über etwa aus einer an und für sich wohlberechtigten verengerten Stimmung heraus beurteilen und danach handeln konnte, man, es galt die Gesamtlage ruhig ins Auge zu fassen und zu erwägen, welche Maßnahmen sicherer dazu führen könnten, den in der Stichwahl stehenden freisinnigen Kandidaten zum Mandat zu verhelfen. Das Verantwortlichkeitsgefühl und der Selbsthaltungstrieb sowie die eigene Parteibildung erforderten eine Kundgebung. Nur politischer Unverstand oder Unkenntnis der wirklichen Lage könnten eine andere Auffassung gelten lassen wollen. Die Versammlung erklärte sich mit Herrn Günther einverstanden und nahm eine entsprechende Resolution an, worin Herr Günther einmütig das volle Vertrauen ausgedrückt wird.

Das Frauenliche Vertrauensvotum für Günther ist nur von lokaler Bedeutung und hebt die scharfe Verurteilung, die dem Verhalten von den Freisinnigen der Lausitz und seinen Gesinnungsgenossen in anderen Wahlkreisen erfahren hat, nicht auf. Als Helfer der Konservativen geht Herr Günther unter dem Titel seiner eigenen Leute aus dem Landtagswahlkampf hervor.

Das neue Landtagspräsidium.

Die völlig veränderte Zusammensetzung des Landtags hat auch die Erlegung des Präsidiums zu einer interessanten Frage gemacht. Die Dresdner Nachrichten zerbrechen sich darüber bereits den Kopf und führen dazu, nachdem sie drei Epochen lang über die Niederlage der Konservativen lamentiert haben, folgendes aus: Von großer Wichtigkeit wird die Zusammensetzung des neuen Präsidiums sein. Zuerst die Frage, welche Partei den ersten Vorsitzenden stellt. Parlamentarischer Gebrauch gemäß die liberale. Das wird auch diesmal so sein, denn es liegt kein zwingender Grund vor, von betrübten Gespögenheiten abzuweichen. Mehr denn je wird es aber darauf ankommen, daß die Wahl auf den richtigen Mann trifft, der nicht nur Unparteilichkeit und Vermitteln der persönlichen Laune beifügt, sondern auch die schärfste Energie und Ueberlegenheit, die nötig sind, um aus den Uebergriffen der Sozialdemokratie mit Würde und Nachdruck entgegenzutreten. Nachstehende Vorschläge innerhalb und unter den Parteien haben natürlich noch nicht stattgefunden. Als geeignete Persönlichkeiten werden aber auf konservativer Seite Geheimrat Ostapitz und Justizrat Dr. Spieß, auf nationalliberaler Seite Landesgerichtsrat Heintze und — trotz mancher Vorurteile — Justizrat Langhammer genannt. — Die zweite Frage wäre, ob auch ein Sozialdemokrat in das Präsidium gewählt werden soll, worauf hier Partei nach ihrer numerischen Stärke an sich ein Anrecht hätte. Man wird abwarten müssen, ob konservative und Nationalliberale hierzu einverstanden sein oder sich, ähnlich wie während der Wahlkämpfe im Reichstage, entschließen werden, alle drei Präsidienposten unter sich als der bürgerlich-nationalen Mehrheit zu verteilen.

Im Langhammer denken wohl die Nationalliberalen bei der Besetzung des Präsidiums nicht; die übrigen Namen werden aber auch andererseits von den Parteien ernstlich genannt. Unseren Gegnern macht ja übrigens die Frage der sozialdemokratischen Stellungnahme zur Wahl des Präsidiums weniger Kopfschmerzen als die Lausitzer, daß die Sozialdemokratie zu zahlreich in den Landtag einzieht, daß sie kraft ihrer Stärke ein Anrecht auf einen Sitz im Präsidium hat.

Der Bulle als Wahlmacher.

Im 8. ländlichen Wahlkreise (Bezirk Sausen-Ramenz), wo der ländliche Deponierat Brühl gegen den Ouisbüfser Radel den bisherigen konservativen Vertreter, kandidierte, haben die Anhänger Brühls mit einem Flugblatt operiert, das folgenden gewichtigen Inhalt aufwies: **Wähler des 8. ländlichen Wahlkreises.** **Wahl am Wahltag alle eure Stimme** **Wahl dem Oelonomierat Brühl in Suga.** Er ist ein Mann, welcher seinen Wählern in jeder Weise entgegenkommt, und er stellt seiner Gemeinde und der Nachbargemeinde Quod den Bullen gratis zur Verfügung. **Wahl dem Oelonomierat Brühl in Suga.** Er ist ein Mann, welcher seinen Wählern in jeder Weise entgegenkommt, und er stellt seiner Gemeinde und der Nachbargemeinde Quod den Bullen gratis zur Verfügung. **Wahl dem Oelonomierat Brühl in Suga.** Er ist ein Mann, welcher seinen Wählern in jeder Weise entgegenkommt, und er stellt seiner Gemeinde und der Nachbargemeinde Quod den Bullen gratis zur Verfügung.

Der Bulle hat Herrn Brühl nicht retten können; er ist seinem konservativen Gegenkandidaten unterlegen. Herr Brühl nämlich, nicht der leistungsfähige Bulle.

Zum Rabi gefahren.

Wie er der bürgerlichen Presse mitteilt, hat der Tag-Mann Max Langhammer gegen Genossen Bartels, als den verantwortlichen Redakteur der Volksstimme, Strafantrag wegen öffentlicher Beleidigung gestellt. Nicht um seiner selbst willen, sondern nur „geleitet von der Erwägung aus, daß die schweren Beleidigungen und Verdächtigungen völlig unbegründet sind und wegen den verrohdend wirkenden Ton eingeschritten werden müsse“. Das durfte nicht kommen, besonders aber von dieser Seite aus nicht. Was Langhammer und sein Troß an Verleumdung der Sozialdemokratie geleistet haben, überwiegt noch die Leistungen des Reichsverbandes. In der Gerichtsverhandlung wird der Kläger der Rittwelt nach gezeigt werden, darauf kann er sich verlassen.

Der Arbeitsmarkt in Sachsen im September.

Es erfreulicherweise kann berichtet werden, daß die Besserung des Arbeitsmarktes auch im September angehalten hat. Bei den zifa 130 sächsischen Arbeitsnachweilen, die Berichte an das kaiserliche statistische Amt in Berlin einsenden, betrug die Zahl der männlichen Arbeitssuchenden 15 821, denen 10 340 offene Stellen gegenüberstanden. Hieron wurden 8719 wirklich besetzt. Weibliche Arbeitssuchende waren 6803 vorhanden, denen 6764 offene Stellen nachgewiesen werden konnten. Von ihnen wurden 5321 besetzt. Die Zahl der verbleibenden Arbeitslosen beträgt immerhin noch zifa 8000. Im Monat September 1908 betrug ihre Zahl aber rund 12 000. Es ist demnach eine kleine Besserung nicht zu verkennen. Eine eigenartige Gestaltung zeigt die Mittelländerbewegung der Krankenlosen im Monat September 1909. Bei den rund 280 sächsischen Krankenstellen, die von ihren Geschäftsvorgängen das statistische Amt benachrichtigen, nahmen die männlichen Mitglieder um 148 ab, die weiblichen aber um 2369 zu. Die erwerbsfähigen Kranken verminderten sich um ca. 900. Der Erlass der Landesversicherungsanstalt Königreich Sachsen aus verlaufenen Invalidenterversicherungsbeitragsmarken war im 3. Vierteljahr 1909 um 106 000 M. höher als in dem gleichem Zeitraum des Vorjahres. Betrachtet man die Lage des Arbeitsmarktes in den einzelnen Industriezweigen, so ist immer noch die Metallverarbeitung am ungünstigsten gestellt. Von den bei den sächsischen Arbeitsnachweilen gemeldeten Arbeitssuchenden gehörten diesem Industriezweig 3000 an, denen nur 1574 offene Stellen nachgewiesen werden konnten. Die Holzindustrie zeigte 1823 Arbeitssuchende, denen 1079 offene Stellen gegenüber standen. Am verhältnismäßig günstigsten war die Situation wieder in der Textilindustrie. In dieser betragen die Arbeitssuchenden 1167, die offenen Stellen aber 1296, so daß die Nachfrage nicht gedeckt werden konnte.

Bedenkliche Unvorsichtigkeit.

Bei der Landtagswahl fanden in Raundorf bei Kötzschenbroda einige Wähler in den Wahllokalen Stimmzettel vor, die auf den Namen des im 9. ländlichen Wahlkreise bereits gewählten Gemeindevorstands Traber lauteten. Auf eine Untersuchung hin untersuchte der Wahlvorsteher alle Kuverts; dabei stellte er in zehn Fällen fest, daß bereits Stimmzettel mit demselben Namen darin steckten. Die Wahllokalen sind dem Wahlvorsteher von der Amtshauptmannschaft zugesichert worden, also muß das Versehen dort unterlaufen sein. Wären die Stimmzettel nicht noch rechtzeitig entdeckt worden, hätte die Unvorsichtigkeit leicht die Ungültigkeitserklärung mehrerer Stimmzettel zur Folge haben können.

Dyppthidialthe. Mit dem Talsperrenbau bei Walter, der nun beinahe seit einem Jahrzehnt projektiert ist, scheint es endlich vorwärts zu gehen. Einem Dresdner Blatte wird über den Fortgang der Bauarbeiten, die sich aber noch immer auf die Vorarbeiten erstrecken, folgendes berichtet: Am Dienstag nachmittags 9 Uhr erfolgte beim Bau der Talsperre Walter der Durchschlag des Umschlößelens, der von den beiden Stollenenden aus in Angriff genommen wurde. Es ist zunächst ein sogenannter Röhrenstollen ausgebrochen worden. Die Abführung im Tunnel wurde vom Kgl. Talsperrenbauamt bei Walter mit einem Rhodolith nach der Polarkoordinatenmethode durchgeführt. Es trafen die beiden von jedem Stollenende ausgeführten Abflüsse beim Durchschlag genau aufeinander, so daß keine Abweichung festgestellt werden konnte. Der Ausbruch des Stollens erfolgte mit elektroneumatischen Stoßbohrmaschinen, welche bei Tag- und Nachtbetrieb einen Vortrieb von durchschnittlich rund 2,5 Metern täglich ermöglichten. Es wird zunächst weiter das Tunnelprofil von rund 12 Quadratmetern voll ausgebrochen und dann der Stollen ausbetoniert. Der Schieberstollen von 12 Quadratmetern schiefer Weite und 28 Metern Tiefe, welcher von der Höhe bis auf den Umschlößel herabreicht, ist bereits vor drei Wochen durchgeschlagen worden. Der Umschlößel soll während des Baues der Sperrmauer das Wehrerwasser von der Baustelle ableiten und nach Fertigstellung des Baues zur Regulierung des Ablaufes des ankommenden Hochwassers dienen. Zu diesem Zwecke wird später ein Mauerpfosten, in welchem drei Rohre von je 1,10 Metern schiefer Weite liegen, eingemauert. Die drei Rohre werden vom Schieberhaus, das auf der Höhe des rechten Talhanges liegt, durch das im Schieberstollen befindliche Gefälle reguliert.

Keine Nachrichten aus dem Lande. Von einem tieftraurigen Unfall ist eine Familie in Lübnitz, in der Lobstäter Straße, betroffen worden. Die Mutter fand vorgestern morgen ihr zwei Monate altes Kindchen im Bett erstickt vor. Das Kleine war am Abend von der Mutter wie immer ins Bettchen gelegt, und sein Kopf, um es warm zu halten, mit einer Windel bedeckt worden. Wahrscheinlich hat das Kind die Windel sich selbst zu fest um den Hals oder über Mund und Nase gezogen und ist dann erstickt. — In einem Schacht bei Luga ist der Förbermann Wildner 40 Meter tief abgestürzt und tödlich verunglückt. — Im Julius-Schachte bei Falkenau wurden drei Vergleute verhaftet und gelöst. — Dienstagabend gegen 11 Uhr wurde in Wurgeln die Feuerwehre durch Warnsignale zusammengerufen. In einem zur Buchdruckerei von Reinh. Müller in der Färbereigasse gehörigen Schuppen, der Papierabfälle, Buchdruckfarben und dergleichen barg, war vermutlich durch unvorsichtiges Bewerfen eines Bündelholzes Feuer ausgebrochen, das bald auch auf das eigentliche Druckereigebäude übergriff. Dem Eingreifen der Feuerwehre gelang es, den Brand niederzulämpfen. Der Materialschaden ist bedeutend.

Stadt-Chronik.

Produktionskosten und Verkaufspreise im Bäckereibetriebe.

Darüber schreibt die Sozialstatistische Korrespondenz: Daß die agrarische Gesetzgebung an den teuren Brotpreisen ihr vollgerichtetes Maß von Schuld trägt, steht unfeigbar fest; ein Blick auf die Getreidepreise des Auslandes bringt den vollgültigen Beweis für die böserartigen Wirkungen des Zollwuchers. Aber nicht minder richtig ist, daß auch die Brotproduzenten sich redlich mühen, dem Volke das wichtigste Nahrungsmittel zu verteuern. Wie sehr in dieser Hinsicht die Zustände sich verschlechtert haben, läßt eine sich auf die Reichshauptstadt erstreckende Gegenüberstellung erkennen. Die Stadt Berlin ermittelt die Brotpreise auf zweierlei Art. Zunächst stellt sie fest, wie teuer ihr das Kilogramm Brot in eigener Regie zu stehen kommt. Sie unterhält für ihr Arbeitshaus eine Bäckerei, in der die Gesteuungskosten des Brotes genau ermittelt werden. Die andere Methode zur Feststellung der Brotpreise wird derart geübt, daß man auf Grund von Verwiegungen der halbmönatlich bei einer Anzahl von Bäckern in verschiedenen Stadtbezirken gekauften Brote im statistischen Amte der Stadt den Durchschnitt berechnet. Daß diese beiden Arten von Berechnungen beträchtliche Differenzen ergeben, ist selbstverständlich. Einmal wird das Brot im städtischen Arbeitshaus von größerer Qualität sein als das in Bäckereien gekaufte, und dann raucht bekanntlich auch im Bäckergewerbe ohne Profit kein Schornstein. Darf somit das Vorhandensein eines Unterschiedes an sich in den auf die beiden Arten ermittelten Preisen nicht weiter wundernehmen, so ist für den Preisvergleichen um so beachtenswerter die Entdeckung der Differenz. Hier aber kommen wir zu ganz auffälligen Ergebnissen, wenn wir uns die Mühe nehmen, die Statistik seit dem Jahre 1885 zu verfolgen.

In diesem Jahre kostete die Stadt Berlin ein Kilogramm ihres in der Bäckerei des Arbeitshauses gebackenen Roggenbrotes 17,98 Pf. Bei den Bäckern hingegen kostete ein Kilogramm Roggenbrot damals 21,3 Pf. Das ist ein Unterschied von 3,3 Pf. oder 18,5 Prozent; um soviel kam dem Publikum das aus Privatbäckereien bezogene Brot teurer zu stehen. — Sechs Jahre später war ein Leuerungsjahr. Das Kilogramm Brot kostete die Stadt Berlin im eigenen Betriebe gebacken 25,03 Pf.; das Publikum hingegen hatte beim Bäcker 31,7 Pf. zu zahlen. Trotz der sehr hohen Getreidepreise verdiente der Bäcker 1891 an seiner Ware also nicht weniger, sondern mehr, nämlich 26,6 Prozent, statt der 18,5 Prozent im Jahre 1885. Den Produzenten hatte die Leuerung augenscheinlich keinen Nachteil gebracht.

Bei den billigeren Brotpreisen der nächsten Jahre aber wuchs die Differenz zwischen den Gesteuungskosten der Stadt und den Verkaufspreisen in den Bäckereien geradezu unheimlich. Fünf Jahre später, 1896, kostete die Stadt Berlin ein Kilogramm Roggenbrot 13,97 Pf.; in den Bäckereien zahlte man durchschnittlich 20,9 Pf. Das ist eine Differenz von bereits 6,9 Pf. oder 49,6 Prozent. Uebermals nach fünf Jahren kam der Stadt Berlin ein Kilogramm Brot 15,3 Pf. zu stehen; in den Berliner Bäckereien hingegen zahlte man 24,2 Pf. g. Unterschied: 8,9 Pf. oder 58 Prozent. Dann kostete das Kilogramm Brot 1904 die Stadt Berlin 14,7 Pf., dem Publikum 23,5 Pf.; die Differenz betrug jetzt gar 8,8 Pf. oder 49,4 Proz. Erst im Jahre 1906 ging es den Bäckern wieder nicht mehr ganz so gut; städtische Herstellungskosten und öffentliche Verkaufspreise verhielten sich wie 18,6 Pf. zu 27,1 Pf., was pro Kilogramm einen Unterschied von 8,5 Pf. oder 45,7 Prozent ausmachte. — es mag zugegeben werden, daß die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die selbst in diesem ländlichen Gewerbe erzielt wurde, sowie die Steigerung der Mieten die Produktionskosten erhöht haben. Auch die Ueberlegung des Gewerbes mit Christen, die alle ihr Brot darin finden wollen, mag ihr Teil zu einer Verteuering der Verkaufspreise beigetragen haben. Vielleicht läßt sich daher auf den einzelnen Bäckereimeister kaum mit Recht das Wort von der Auswucherung der Konsumenten anwenden. Das Uebel liegt eben in der wirklich existierenden Rückständigkeit des Gewerbes im allgemeinen. Während in anderen Produktionszweigen der Handwerksbetrieb vom Großbetriebe verdrängt wurde, besteht er im Bäckergewerbe zum Nachteil für die Allgemeinheit. Erst in der neuesten Gegenwart scheinen sich hier die Verhältnisse langsam ändern zu wollen. Die großartigen Bäckereibetriebe der organisierten Konsumvereine, vor allem der Arbeiterkonsumvereine, sind es in erster Linie, die in dieser Beziehung bahnbrechend wirken.

Das Schreien der Bäckereimeister nach Unterdrückung der Konsumvereine und Verbot ihrer Eigenproduktion beruht lediglich auf der Erkenntnis der eigenen Unfähigkeit, mit ihren primitiven Produktionsmitteln der Konkurrenz der mit modernen technischen Einrichtungen arbeitenden Konsumvereine, Bäckereien zu widerstehen, obgleich die letzteren das mittelalterliche Kost- und Logiswesen abgeschafft haben, bei wesentlich kürzerer Arbeitszeit bedeutend höhere Löhne zahlen und vorbildliche sanitäre Einrichtungen geschaffen haben. Ist aber ohne Uebergang zum Großbetriebe eine Befundung des Bäckergewerbes ausgeschlossen, so müssen alle von den Bäckereimeistern gestellten Forderungen zur Unterdrückung und Vernichtung der Konsumvereine Bäckereien als nutzlos für die Bäckereimeister und schädlich für die Volksgesundheit bezeichnet werden.

Der Staat als Arbeitgeber.

Der sächsische Staatsfiskus ist berichtigt als sozial rückständig gegenüber den in seinen Betrieben beschäftigten Arbeitern. Die sächsischen Eisenbahnen wissen ein Lied davon zu singen. Das es aber auch in anderen Staatsbetrieben nicht besser ist, beweisen die Verhandlungen und Gerichtsverhandlungen der Arbeiter, zeigt neuerdings ein Vorgang aus den königlichen Kammereien. Die Verhältnisse in Dresden. Dort ist kürzlich ein „S. Nachtrag“ in die Arbeitsordnung vom 1. August 1897 angenommen worden, der so recht den Geist zeigt, der den Arbeitern gegenüber herrscht. In diesen neuen Bestimmungen heißt es unter anderem:

Deutschland
Literatur
gen
8 1/2 Uhr
Karl Thiem
8 1/2 Uhr
Coswig
8 1/2 Uhr
er Straße
Mägden
8 1/2 Uhr
Guttenstraße
Lungen:
Fabrik
und Gr
alle für
er
verwaltung
gu
1909
ammlung
er
beim
Vor
d Umg
rag
ke
sen
Baub
SLUB
Wir führen Wissen.

Von der Entlohnung und Pension ausgeschlossen, die sozialdemokratischen oder sonstigen staatsfeindlichen Vorkämpfer... Die Gesundheit der Arbeiter... Die Gesundheit der Arbeiter...

Der Staat ist nicht die geistliche, kräftigste und leistungsfähigste Arbeiter in der denkbar sorgfältigsten Weise... Die Gesundheit der Arbeiter...

Soziale Fürsorge. Aus diesen Tabakarbeitern wird uns geschrieben: Die Tabakarbeiter der Firma G. Uhlmann haben die Gewerkschaft...

Arbeitslosenversicherung und Unternehmer. In Augsburg tagte kürzlich eine aus Mitgliedern des Reichstages und des Gemeinderates bestehende Kommission...

Der Dresdner Anzeiger ist über den unerhofften sozialdemokratischen Sieg im 14. landlichen Wahlkreis so konsterniert...

Verkehr in D-Zug-Wagen. Das Ein- und Aussteigen der Reisenden und der Verkehr von einem Wagen zum anderen wird bei den D-Zügen häufig dadurch behindert...

Telefonverlehrs. Eine neue Art von Ferngesprächen ist durch eine Änderung des Staatsgesetzes des Reichspräsidenten eingeführt worden...

Selbstmorde. Ein 37-jähriger Reisender der Trogentranche wurde am Mittwoch früh im Japanischen Palaisgarten erhängt aufgefunden...

Briefschreiber gesucht! In Sachen des an den Eheleuten Friedrich in Leipzig am November 1908 verübten Mordes...

Vermissliche Nachrichten. Das gegen die 30-jährige Anwärterin Marie Specht wegen Ermordung ihres fünf Monate alten unehelichen Kindes eröffnete Strafverfahren ist nunmehr definitiv eingestellt worden...

Aus der Umgebung.

Interns eines Gemeindeverwalters. In zwei Verhandlungen beschäftigte sich das Schöffengericht mit dem Elektrizitätswerk für Steyisch und Umgegend...

Laubegast. Einer Sitzung des Hausbesitzervereins folgte die öffentliche Gemeinderatssitzung. Zur Beratung stand die Änderung der Besitzverhältnisse im Erbange...

Kleinburgl. Freitag den 5. November, abends 8 Uhr findet öffentliche Gemeinderatssitzung in Ehlischs Bahnhof statt.

Gerichtszeitung.

Oberlandesgericht.

Ein Musikerfreier. Anfang dieses Jahres kündigte der hiesige Musikdirektor Schmidt in Jüdau vier verheirateten Musikern seiner Kapelle die Stellung. Die Leute hatten auf das Verprechen...

Landgericht.

Fabrikfälsche Tötung. Ein Unfall, der den Tod eines Mannes zur Folge hatte, ereignete sich am 26. August 1909 auf dem Hofplatz...

Schöffengericht.

Die Unternehmer Gelede achten! Der Kaufmann Otto Bernhard Richter in Dainsberg hat sich wegen Vergehens gegen das Gesetz über den Maximalarbeitslohn der Frauen zu verantworten...

Tredner Volksgericht vom 4. November.

Am Montag, abends gegen 7 Uhr, lief auf den Hofplatz ein Schuhmacherweibchen beim Überqueren der Fahrbahn in das Rad eines Marktfählers hinein...

Madewal.

An der Stichwahl hatte sich ein vierstimmiger Wähler den Satz geleistet, auf dem Stimmzettel in einem 'Gedicht' die Kandidaten, besonders Herrn Gabriel, zu persiflieren...

Die Anter

Den Weg... Es wurde... Es wurde... Es wurde...

gest. wird... Es wurde... Es wurde... Es wurde...

in Meem... Es wurde... Es wurde... Es wurde...

Alle... Es wurde... Es wurde... Es wurde...

Die Unterschleife auf der Kieler Werft.

Hg. Kiel, 2. November.

Den Beginn der heutigen Sitzung füllten Auseinandersetzungen über die Verurteilung und dem Präsidenten über die zu ladenden Sachverständigen aus. Die Kieler Oberverwaltungsbehörde hat einer Reihe von Sachverständigen, die von der Verteidigung genannt worden waren, nicht die Genehmigung zur Aussage erteilt, weil sie den Marineoberbauamt Krell für den geeigneten Sachverständigen hält.

Es wurde dann mit der Vernehmung des Angeklagten Magasin-Inspektors Ehrlich (Kiel) begonnen, der in Auftrag verhaftet worden und wegen Unterschlagung im Amt und Urkundenfälschung angeklagt ist. Er wird beschuldigt, in Gemeinschaft mit Heinrich Soden der kieler Werft unterschlagen zu haben, indem er die Kisten unrichtig gefüllt und

unrichtige Wegezettel

ihnen vorgelegt habe. Es handelt sich dabei um Aluminium im Gewicht von 5750 000 Kilogramm, das in den Jahren 1900 bis 1908 verkauft wurde, und um Abfälle im Werte von 220 556 M. Soden wird Ehrlich beschuldigt, als Beamter fortgesetzt Geschenke angenommen zu haben. — Vorf.: Bekennen Sie sich schuldig? — Angekl.: Nein. Die Verwaltung des Auslieferungsmaterials war nur meine Nebenarbeit, in der Hauptsache hatte ich die Schiffe zu haben zu versehen. Der Angeklagte legt hierauf ausführlich die Kontrollvorschriften auseinander, die getroffen waren, damit die Ausführung genau stimmte. — Staatsanwaltschaftspräsident Reiss: Wir ist Ihnen von der Oberverwaltungsbehörde mitgeteilt worden, daß Sie auch die Genehmigung zur Aussage der Gesellen von der Verteidigung als Sachverständige geladenen Geheimrat Schwarz und Oberbauamt Geimer nicht erteilt. Der Oberverwaltungsbeamte hat noch wie vor auf dem Standpunkte, daß Oberbauamt Krell der geeignete Sachverständige ist. — Vert. Justizrat Wallach (Essen): Nachdem uns auch diese beiden Sachverständigen genannt worden sind, beantrage ich, die beiden Parteien als Zeugen zu hören. Ich gehe davon aus, daß die vorgelegte Behörde diese Genehmigung schon aus dem Grunde nicht erteilen kann, weil das Bedürfnis besteht, aufzuklären, welche

Praxis auf der kieler Werft

geübt wird. — Das Gericht beschloß, die beiden Beamten als Zeugen zu vernahmen. In diesem Augenblick meldete sich ein von der Verteidigung beantragter Sachverständiger, ein Obermeister der kieler Werft, im Saale und teilte mit, daß ihm die Genehmigung zur Aussage erteilt worden sei. — Vert. Justizrat Schirren (Kiel): Nachdem eine ganze Reihe Inparteilicher, die von der Verteidigung als Sachverständige geladen waren, lediglich aus dem Grunde nicht vernommen worden sind, weil sie etwas von der Sache verstehen... — Vert. Landgerichtspräsident Andrae (unterbrechend): Sie dürfen der Behörde nicht Motive unterlegen, die uns nicht bekannt sind. — Vert. Justizrat Schirren (fortfahrend): Nachdem eine Reihe Herren, die nach unserer Meinung von der Sache etwas verstehen, uns genannt worden sind, sehe ich mich nicht in der Lage, den Sachverständigen zu akzeptieren, den die kieler Werft vorschlägt. Wenn die kieler Werft unsere Sachverständigen ablehnt, werden wir von der Verteidigung die Sachverständigen ablehnen, die die Werft haben will. — Nach einer kurzen Konferenz der Verteidiger gibt Justizrat Wallach folgende Erklärung ab: Nachdem die Oberverwaltungsbehörde von der Verteidigung ernannten Sachverständigen Genehmigung zur Aussage nicht erteilt hat, ist es ausgeschlossen, daß die Verteidigung auf den jetzt von der Oberverwaltungsbehörde vorgeschlagenen Bauamt Krell sich verlassen kann. Wir machen darauf aufmerksam, daß die von uns benannte Sachverständigen die höchsten Beamten der in Frage kommenden Ressorts sind und deshalb besondere Sachkenntnis besitzen.

Nachdem der Kampf um die Auswahl der Sachverständigen beendet war und die Verteidiger ihren Antrag auf Ablehnung des Sachverständigen Oberbauamt Krell zurückgezogen hatten, wurde in der Vernehmung des Magasininspektors Ehrlich in § 10 fortgeföhrt.

Vorf. (zum Angeklagten): Wiederholt ist es vorgekommen, daß Wegezettel gerissen wurden und durch neue von Ihnen ersetzt worden sind? — Angekl.: Das ist nicht vorgekommen. — Vorf.: Es soll vorgekommen sein, daß

Ich große Schiffsdrahtenklügel

in Ihrem Versteck abgegeben wurden, deren Gewicht Sie feststellen sollten. Sie haben auch das Gewicht festgestellt, und zwar in Höhe von 10 500 Kilogramm. — Angekl.: Ich habe das in der Weise gemacht, daß ich einen Klügel gewogen habe und die Gewichtszunahme mit sechs Klügeln. — Vorf.: Wir werden nachher nachzuweisen versuchen, daß diese sechs Klügel, die nach Ihrer Ansicht 10 500 Kilogramm wiegen sollten, in Wirklichkeit 15 000 Kilogramm gewogen haben, und zwar soll jeder Klügel 2500 Kilogramm, also 750 Kilogramm mehr gewogen haben. Wie wollen Sie das erklären? — Angekl.: Ich habe den Klügel im Weissen des Werftführers gewogen und nach meiner Meinung richtig gewogen. Ich hatte keinerlei Absicht, die Werft zu betrügen.

Dann folgt die Vernehmung des Angeklagten Obermeisters Krell aus Kiel. Er wird beschuldigt, zusammen mit den Angeklagten Ehrlich und Soden als Beamter Sachen der kieler Werft unterschlagen zu haben, und zwar durch falsche Eintragungen und durch unrichtige Führung von Büchern sowie durch unrichtige Eintragungen auf Wegezetteln. Im einzelnen wird ihm zur Last gelegt, im Frühjahr 1908 gemeinsam mit Ehrlich eine Menge Aluminium im Werte von 1265 M. unterschlagen zu haben. Ferner soll er für Amtshandlungen Geschenke angenommen haben. Der Angeklagte bestritt, daß er schuldig sei. Der Angeklagte verfügt über ein Vermögen von etwa 40 000 M. — Vorf.: Wo haben Sie dieses Vermögen her? — Angekl.: Rieden: Ich habe es durch günstige Grundstückskäufe erworben. — Vorf.: Sie geben doch zu, daß sehr häufig der Versuch gemacht worden ist, Sie zu betrügen? — Angekl.: Ja, bei mir ganz besonders häufig. Ich habe deshalb an der Tür immer ein großes Schild anbringen lassen, auf dem ich mir den Besuch von Besuchern und deren Vertretern verboten habe.

Dann war die Vernehmung der angeklagten Kaufleute beendet, und es wurde in die Vernehmung der angeklagten Kaufleute eingetreten. Es wurde begonnen mit der Vernehmung des Kaufmanns Zentgraf. — Vorf.: Bekennen Sie sich schuldig? — Angekl.: Nein. Es ist allerdings richtig, daß wir Käufer auf der Kieler Werft größere Vorteile hatten als die Käufer in anderen Instituten, wo die Geschäfte ordnungsmäßig vor sich gingen. Unsere Vorteile wurden hervorgerufen durch den

Isolierten Schendrian auf der Werft

und durch eine — ich kann mich nicht anders ausdrücken — geradezu neue Herangehensweise der Geschäfte, wie man sie kaum für möglich

halten sollte. Was an kaufmännischen Unmöglichkeiten ausgedacht werden kann, konzentriert sich auf der Kieler Werft beim Verkauf von Aluminium. Wir bekamen aber niemals mehr, als wir zu beantragungen hatten, die Vorrechte lagen vielmehr auf ganz anderen Gebieten und waren von der mannigfaltigsten Art. Es herrschten in Kiel geradezu wunderbare Zustände. Es wurden zum Beispiel Bronze und Messing gemischt und auf einen Haufen geworfen. Etwas Ferres findet man in keinem Kulturstaat mehr; denn es handelt sich hier um ein Gemisch von zwei Sorten, von denen die eine doppelt so viel wert ist wie die andere. Es wurde alles auf einen Haufen geworfen, und durch das fortwährende Zusammenwerfen wurden die Abnehmer in die Lage versetzt, sich das Beste herauszufinden. Wenn das einmal gemacht wurde, dann kam zwar Herr Rat Heinrich und machte ein paar kurze Redensarten, dann ging er aber wieder weg und unsere Arbeiter luden sich weiter das Beste auf. Ein Kontrollbeamter konnte ruhig beim Aufladen hingu kommen, denn er verstand ja von der Sache gar nichts. Die Art, wie in Kiel Münderlagen aufgestellt wurden, sprach jeder ordnungsmäßigen kaufmännischen Geschäftsführung gegen. Die Ausschusskommission, die die Lizenzen abzugeben hatte, wandte sich an den Meister und der Meister wandte sich an uns Lieferanten, um die Taren zu erfahren. Ich habe natürlich keine zu hohen Preise angegeben. (Heiterkeit.) Die Beamten handelten bei der Festsetzung der Taren natürlich bona fide, sie konnten aber nicht anders, sie wußten es ebenfalls nicht besser. Die Käufe, soweit es sich um größere Quantitäten handelte, geschahen durch einen Einkaufsbeamten. Die kleinere Konkurrenz war schon dadurch von der Werft selbst ausgeschaltet worden, daß die Werft harte Bedingungen stellte. Zum Beispiel wurde bei einem Kaufpreis von 50 M. ein

Haftegeld von 1000 M.

verlangt. Jetzt sind die Bedingungen noch härter geworden, schon bei 5 M. wird ein Haftegeld von 1000 M. verlangt. Da die Kleineren so ausgeschaltet wurden, schlossen wir Gelehrten uns zusammen. Die Offerten wurden von uns gemeinschaftlich festgesetzt. Es kam allerdings auch manchmal vor, daß ein Duffler den Zuschlag erhielt, aber es kam nicht oft vor. Die Sachen selbst, die gefertigt waren, wurden von uns in Form einer engeren Auktion wieder versteigert, und zwar sechs mal unter uns, so daß der Kreis immer enger wurde. Wir kauften so günstig ein, daß trotz dieser sechs maligen Versteigerung dem Käufer immer noch Avancen bis zu 33 1/2 Prozent blieben. Die unkaufmännisch es bei der Werft berging, mag daraus hervorgehen, daß wir alle weiße Leinwand für 30 M. kauften. Diese Leinwand liehen wir reinigen, und kurze Zeit darauf kaufte die Werft diese alte weiße Leinwand von uns wieder für 2,85 M., weil sie sie als Puzze u. g. gebrauchte. (Heiterkeit.) In einem kaufmännisch geleiteten Betriebe kann so etwas natürlich nicht passieren. Auch auf anderen Gebieten zeigte sich das mangelhafte Verständnis der Werftbeamten für den Wert der Materialien. Was wurde von mir für 78 M. gekauft und ich verkaufte ihn für 1000 M. In Kiel führt die Werft die Konkurrenz dieser zusammen. Die Konkurrenz müssen sich an einem bestimmten Tage, zu einer bestimmten Stunde auf dem Gelände einfinden und die Sachen besichtigen. Kurz darauf findet dann auch der Zuschlag statt. So werden wir gewissermaßen, ob wir wollen oder nicht, zusammengeführt, und daher kommt es, daß wir Respektanten zum gemeinschaftlichen arbeiten gekommen sind. Dieser Einkaufsring ist auch in der ganzen Handelswelt bekannt. — Vorf.: Dieser Ring führt den Namen „Chabruse“. — Angekl.: Frankenthal: Ja. Hierauf wurde die weitere Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Gewerkchaftliche Arbeiterbewegung.

Zum Bergarbeiterstreik in Mansfeld.

Sofort nach Eintreffen des Militärs im reichsteuerten Streikgebiet wurde im Bergarbeiterkreis Mansfeld die Polizeistunde für die Bergarbeiter in den Städten Mansfeld und GutsMuth auf 11, in den Dörfern auf 10 Uhr herabgesetzt, ohne daß auch nur die geringsten Ausschreitungen vorgekommen wären, während im Seekreis Mansfeld-Gieselben keinerlei Verhinderung der Polizeistunde eingetreten ist, obgleich gerade im Seekreis die größten Bergmannsdörfer (Gelbra, der Hauptbergmannsort) liegen.

Aber immerhin ging die Regierung des Bergarbeiterkreises zunächst einseitig vor, bestimmte für alle Bergarbeiter ohne Ausnahme die Verhinderung der Polizeistunde, die ohne große Aufregung auch nichts dagegen eingewendet wurde; jetzt ist den Bergarbeitern, in denen Streikbureaus untergebracht sind oder Versammlungen abgehalten werden, die Polizeistunde auf 8 Uhr abends herabgesetzt worden, und zwar laut folgender Verfügung:

Leimbach, den 30. Oktober 1909.

Auf Grund der Vorschriften des § 10 des Allgemeinen Landrechts II, 17 sehen wir die Polizeistunde für ihr Lokal auf 8 Uhr abends fest. Diese Verfügung wird nach Weghabe der Bestimmungen des § 53 des Landesverwaltungsgegesetzes für sofort vollstreckbar erklärt.

Weitere Verfügungen der Polizeistunde bleiben vorbehalten.

Die Polizeiverwaltung.

Flegler.

Mit diesem Akt soll das bisherige Versammlungsrecht franguliert, sollen die Streikbureaus an die Luft gesetzt werden, um so dem bedrängten Vorgehen zu helfen, seine Bergarbeiter in die alte Gewerkschaft und Unterwerfung zurückzubringen. Scherzspitze um 8 Uhr abends soll das Mittel sein, mit dem man die so ganz aus der Rolle gefallenen, unbotmäßigen Wirte zur alten, treuen Anhänglichkeit an Vorgesang und die Gewerkschaft zurückzwingt, nachdem alle anderen Mittel versagt. Wie ist den wenigen Wirten, die ihre Lokale den Streikenden geöffnet haben, schon zugefügt worden von den Behörden, der Gewerkschaft, der Weisheit, daß man sich wundern muß, daß in einer solchen Gegend auch nur ein einziger Wirt standhaft geblieben ist. Da sie bisher allen Drohungen und Verordnungen widerstanden haben, werden sie auch diesen Streik aushalten. Vom Kriegerverein ist schon längst zum Vorkauf aller derjenigen Wirtschaften aufgefordert worden, in denen Streikversammlungen stattfinden, und die Militärbehörde hat in Kloster-Mansfeld die Kontrollversammlung noch in letzter Stunde aus dem Kaiser, dem Versammlungsorte, nach einem anderen Lokale verlegt, jedoch, ohne den Zweck zu erreichen. Die Wirte, die ihre Lokale den Streikenden hergeben, tun das weniger aus Neigung zum Bergarbeiterverbande, auch nicht aus reinem Geschäftsinteresse, sondern hauptsächlich aus Empörung und Mitleid gegen die bisherigen Zustände, die sie durch den Streik zu befehlen geben, und so

betrachten sie den Streik als eine notwendige geistige Desinfektion gegen reichstreuere Geistesvergiftung, und ihre Sätze als Desinfektionsräume. Sie werden auch diesen Streik ertragen und mit den Streikenden stehen bis zum Abschluß des Kampfes.

Mit welchen Mitteln die Reichsblattpresse den Streik, besonders aber die Streikleitung, im öffentlichen Ansehen herabsetzen will, dafür liefert nachstehende Notiz des Grenzblattes einen interessanten Beweis. Es folgt folgendes zu melden:

Wie mit Arbeitergrößen umgegangen wird, dafür hat man im Mansfelder Bergmannstreik einen treffenden Beweis gehabt. Ein Agitator versuchte, die zur Aufrechterhaltung der Ordnung kommandierten Soldaten zum Angehorjam zu verleiten, und gab für diesen seinen Zweck 28 M. für Freibier aus. Ueber den Versuch selbst kann man nicht lächeln, wenn man die Verhältnisse des deutschen Meeres nur einigermaßen kennt; die braven Infanteristen liehen sich denn auch die gute Gelegenheit nicht entgehen und sahen die Sache humoristisch auf. Andererseits ist es aber bezeichnend, wenn für solche, von vornherein völlig unfähiges Beginnen 28 M. zum Fenster hinausgeworfen werden.

Abgesehen davon, daß es unter den „Agitatoren“ einen solchen Esel nicht gibt, der in so alberner Weise 28 M. verpulvern würde, wäre ihm das auch unmöglich, weil dem „braven Infanteristen“ Frengens verboten ist, mit dem Zivildpad auch nur zu sprechen, oder sonstige zu versehen, geschweige denn, sich vom Zivildpad besessen machen zu lassen. Die „Agitatoren“ können den „braven Infanteristen“ die Hintertür nicht mit Bier aufstoßen, wie die Vogelwürger sie damit auch nicht zum Anfallen bringen. Ort und Stelle, wo die Arbeitergrößen verhaftet worden sein sollen, wie auch der Name des „Agitatoren“ werden nicht genannt, und so erklärt die Streikleitung den Schreiber dieser Notiz so lange für einen gewissenlosen Verleumder, bis er Namen, Ort und Zeit des Vorgangs genau angibt.

Inland.

Der Streik der Kutschfahrer in Berlin.

In Berlin weigerten sich die Kutschfahrer, Automobile mit Plakaten für die Wahl von Nationalparlamenten zu fahren. Der Streik wurde beendet, nachdem das Ansuchen zurückgenommen war. Darüber regt sich nun die „Ordnungs“presse gewaltig auf, spricht von sozialdemokratischem Terrorismus und anderen schönen Dingen. Das Gezeiter ist eben vollständig verlagert; denn die Kutschfahrer haben sich Kritik an die Drohschikordnung vom 16. Februar 1905 gehalten, denn § 39 befehlt folgendes:

„Kein Fuhrherr darf seine Drohschik ohne vorherige Genehmigung des Verkehrskommissariats zu anderen Zwecken als zum öffentlichen Fuhrbetriebe verwenden. — Zu Rettungszwecken sowie zum Einfahren von Pferden dürfen Drohschik nicht benutzt werden.“

Daß sich die Kutschfahrer gerade auf Verlangen ihres Betriebsleiters und des nationalliberalen Parteibureaus polizeiwidrig verhalten sollten, ist bei den vielen und hohen Polizeistrafen, mit denen die Kutschfahrer bei der geringsten Uebertretung der Drohschikordnung bestraft werden, ein unbilliges Verlangen. Bei der Hauptwahl im vorigen Jahre wurden die Kutschfahrer aus dem gleichen Betriebe von dem nationalliberalen Parteibureau überumpelt, und nur die momentane Unklarheit über den oben erwähnten Paragraphen der Drohschikordnung veranlaßte die Kutschfahrer, die Fahrten auszuführen.

Wagte also der Darm?

Die Bergarbeiter gegen den Arbeitsnachweis des Böhmerverbandes.

Weitere Protestversammlungen der Bergarbeiter gegen den Zwangsarbeitsnachweis fanden statt in Herne mit 1500, in Lütgendorfmund mit 1000, in Gladbeck mit 800, in Castrup (Schmerin) mit 750, in Wanne mit 600 und in Quirichhausen mit 600 Besuchern. In Wanne mußte das Lokal polizeilich abgesperrt werden; über hundert Bergleute mußten umkehren. Auch in allen diesen Versammlungen herrschte Kampf Stimmung; viele Redner sprachen sich dahin aus, daß die Pläne der Bräuerherren mit allen Mitteln abgewehrt werden müßten.

Verhandlungen im Holzgewerbe.

Am 26. Oktober trat in Berlin eine Konferenz zusammen, an der Vertreter des Arbeiterverbandes für das deutsche Holzgewerbe, des Deutschen Holzarbeiterverbandes, des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter und des Christlich-Deutschen Gewerkschafts der Holzarbeiter teilnahmen. Gegenstand der Verhandlungen waren die im nächsten Frühjahr ablaufenden Verträge. Ein Resultat hat diese erste Zusammenkunft nicht ergeben, doch besteht die Möglichkeit auf beiden Seiten, die Verhandlungen fortzusetzen. — Nach mochenlangen Verhandlungen, die auf Veranlassung und unter Leitung des Stadtschreibers Dr. Giller-Frankfurt stattfanden, sind nunmehr die Verhandlungen in den Städten Heidelberg, Frankfurt, Mannheim und Ludwigshafen erfolgreich beendet und die Verträge, die bis zum 17. Februar 1912 laufen, bereits unterzeichnet worden. Mit dem Abschluß kann der Holzarbeiterverband zufrieden sein, zumal, wenn die besonderen Umstände im Betracht gezogen werden. Die Frankfurter Unternehmer bilden im deutschen Holzgewerbe in bezug auf die Schärfe der Forderungen noch eine Abnormität, und das will viel besagen. Sie lehnen die Forderungen unter dem Vorbehalt des Preisern v. Verlepsi in Leipzig gefällten Schiedspruch ab, weil dieser den Arbeitern eine Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit brachte.

Neue gewerkchaftliche Nachrichten. In Mühlhausen in Thüringen wurden von der Liste der freien Gewerkschaften 10 Gewerkschaftsmitglieder mit 9167 Stimmen gewählt, während die christlichen 2 Weisler mit 1753 Stimmen durchbrachen. Es wurde auf Grund des Verhältniswahlsystems gewählt. — Die Schwabacher Silberfälscherei nahmen, wie aus Nürnberg gemeldet wird, am Montag nach sechsmonatiger Unterbrechung wegen Differenzen mit den Arbeitern den Betrieb wieder auf. — Bei der Firma R. Wendrich, Schraubenfabrik in Solingen, haben die Werkzeugschleifer, Dreher und Schraubendreher die Arbeit niedergelegt. — Die Holzer Berlin und Umgebung sehen seit Montag im Lohnkampf. Die Unternehmer wollten bei den Tarifverhandlungen die Organisation ausschalten; an der Geschlossenheit der Holzerer scheiterte aber dieses Beginnen. — In Göttingen in Württemberg ist es bei der Firma Wajer zum Streik gekommen. Da die Firma verweigert wird, Unorganisierte von anderen Orten herbeizuholen, so wird erachtet, den Zugang streng fernzuhalten. Das



Kaufen Sie nur MAGGI^s Bouillon-Würfel zu 5 Pfg.

Sie sind mit allerbestem Fleischextrakt und feinsten Suppengemüsen hergestellt und enthalten auch das nötige Kochsalz und Gewürz.

Allein echt mit dem Namen MAGGI und der Schutzmarke Kreuzstern.

Natürlicher, feiner Fleischbrühgeschmack ist ihr grosser Vorzug.



Leben • Wissen • Kunit

Welche gilt von der Firma Venhof (vorm. Aug. Meier u. Sohn), Dresden. — Von der Firma Döhne-Leipzig-Lindenaubach die Glasbläser gemeinschaftlich mit den organisierten Glasbläsern Forderungen eingereicht. Es bezieht sich hier die Forderung, daß es zum Kampfe kommen wird. Genannte Firma ist deshalb für Glasbläser und Pfingstglasler gesperrt.

Neues aus aller Welt.

Der Steinheil-Prozess.

Paris, 3. November. (L. A.) Der heute beginnende Sensationsprozess gegen Frau Steinheil hat gestern bereits zu eigenartigen Szenen vor dem Justizgebäude geführt. Da für das Publikum nur hundert Sitzplätze ausgegeben werden, so begannen gestern abend bereits um 6 Uhr sich die Einlass Begehrenden vor dem Justizpalast anzusammeln. Da die Menge immer mehr und mehr answoll und man Anzeichen für den Verlauf der Nacht befürchtete, so gab die Justizverwaltung den Befehl, 100 nummerierte Karten den Wartenden auszuhandigen. Als es bekannt wurde, daß die Karten ausgegeben werden sollten, entspann sich ein wilder Kampf, da jeder der Erste sein wollte, eine der wenigen Eintrittskarten zu ergattern. Die Glücklichen, die in diesem Kampfe als Sieger davongegangen waren, machten glänzende Geschäfte, denn sobald sie die Karte abgeloht hatten, wurden sie mit Angeboten, die Karten gegen Geld abzulassen, bedrängt. Im Augenblick hatte sich eine Bourse etabliert, an der die Preise für die Eintrittskarten ins Ungemeine gestiegen waren. Für Plätze in der ersten Reihe wurden schließlich 1500 Franc verlangt. Die Käufer sind größtenteils Engländer und Amerikaner sowie einige Deutsche und Russen.

Der Schwurgerichtssaal ist heute dicht gefüllt. Auf den Beugebänken gewahrt man 25 bis 30 Personen. Im Saale herrscht gleichmäßige Bewegung. Sofort ermahnt der Präsident das Publikum, die größte Ruhe während der gesamten Verhandlungen zu bewahren. Er droht, den Saal sofort räumen zu lassen, wenn die geringste Störung vorkommen sollte. Die Geschworenen werden belehrt und ziehen sich zurück. Nach etwa zehn Minuten kehren die Ausgelassenen in den Saal zurück. Dann beginnt die Verlesung der Anklage, die bis 1 Uhr 10 Minuten währt.

Mün, 3. November. Das Militärflugzeug S. II ist um 7.44 Uhr von seiner Nachtfahrt nach Nöbling zurückgekehrt und ebenso S. I um 8 Uhr glatt gelandet. Bei beiden Schiffen ist alles in Ordnung. Die Fahrt war gut. Es herrschte hier außerordentlich dichter Nebel. S. II passierte um 7.20 Uhr rheinabwärts fahrend in prächtigem Fluge Bonn. In Köln ist er noch nicht gelandet.

Mün, 3. November. Eine furchtbare Mordtat ereignete sich heute mittag in der Wohnung des Musikmeisters Veder vom 12. sächsischen Infanterie-Regiment. Ein Hoboist, dessen Name noch nicht feststeht, wüthete den Musikmeister zu sprechen. Die Frau des Hauses öffnete und führte ihn in das Zimmer ihres Gatten. Kaum hier angekommen, zog der Hoboist einen Revolver hervor und schuß auf den Musikmeister Veder, der lebensgefährlich verwundet wurde. Darauf schloß er auf die Frau Veders, die aber noch rechtzeitig flüchten konnte. Hierauf tötete sich der Mörder selbst. Die Gründe zu dieser Tat sind noch nicht bekannt.

Mün, 3. November. In einer Sitzung des Schöffengerichts geriet heute vormittag in einem Verleumdungsprozess der Angeklagte, Hopsendändler Schumann, infolge einer Beugenaussage in

eine derartige Aufregung, daß er von einem Schlaganfall betroffen wurde und tot zu Boden sank.

Junobrunn, 3. November. Im oberen Ledtale ist es an der bairisch-tiroler Grenze zu einem Kampf zwischen zwei bairischen Wäldern gekommen und zwei tiroler Wäldern gelommen. Der erste Wälder wurde erschossen, der zweite überwältigt und nach Stempfen gebracht.

Maurmelon-le-Grand, 3. November. Henry Herman bestieg heute durch einen Dauerflug von 282 1/2 Kilometer, die er in 4 Stunden 17 Minuten 53 Sekunden zurücklegte, einen neuen Weltrekord für Welt-Dauerflug auf. Er gewann hierdurch den Michelin-Becher und Kunstgegenstände im Werte von 12 500 Franc und 20 000 Franc bar. Das Publikum bereitete dem erfolgreichen Flieger begeisterte Ovationen.

Briefkasten.

Fräulein. Den Abdruck der langen Resolution müssen wir ablehnen, da die darin aufgestellten Forderungen und Begründungen der Öffentlichkeit bekannt sind.

Victoria-Salon.
Mlle. Liane d'Eve und das neue Programm.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 4 und 8 Uhr.
Tunnel-Kabarett: Anfang 8, Sonntags 5 Uhr
Eintritt frei!

Nachtrag zur Gewinnliste des Turnvereins Oberpesterwitz.
Folgende Nummern sind irrthümlich in der Liste vom 1. November nicht vorhanden: 321, 475, 2167, 2197.
Diese Gewinne können bis zum Sonntag den 7. November im Caféhof zu jeder Zeit abgeholt werden.

Neu! Kinematographen-Theater. Neu!
Jeden Freitag, Sonnabend von nachmittags 5 bis 11 Uhr und Sonntag von nachmittags 3 bis 11 Uhr ununterbrochen Vorführung.
Freitags Programm-Wechsel.
Der Besitzer.

Gasthof Briesnitz (Spiegelsäle)
Sonntag den 7. November 1909
Feiner BALL à la Amorsäle, Berlin.
Von 4—5 1/2 Uhr: Freier Tanz.
12 Stadt Tanzkarten 60 Pf., 6 Stadt 30 Pf., für die Dauer des ganzen Abends 1 M.
Verkehr erhaltlich. Ernst Binder und Frau.

Radeberg. Kino-Metropol-Theater.
Programm bis mit Dienstag den 9. November.
1. Der Weg ins Kloster. Tonbild. 2. Der Sohn des Gaultiers. Erregendes Drama. 3. Eine Krokodiljagd. Derselbe fabelhafte Naturausnahme. 4. Eine Penelope. Romanbild. 5. Der Seidenwurm. Sehr lehrreich. 6. Der Postreiter. Spannendes Drama in Indien. 7. Neue Wissenschaften. Zeit-humoristisch. 8. Smaragdküste der Bretagne. Aktual.
Zu diesem außerordentlich interessanten Programm laden höflich ein
Eugen Borkert.

Geschäfts-Eröffnung!
Eurem geehrten Publikum von Deuben und Umgegend zur gefälligen Anzeige, daß ich in Deuben, Ecke Poissental und Dinterstraße, ein
Barbier- und Frisier-Geschäft
eröffnet habe. Indem ich schnelle und saubere Bedienung zusichere, bitte ich, mein Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Geschäftsinhaber Joseph Fuhs.

Der beste Metall-Putz
Globus-
Putzextrakt
In Dosen
a 10 & 20 Pf.
überall erhältlich.

Möbel Curt Wilkerling
Pleschen, Mohenstr. 2. Bad auf Belvedere.

Paul Kaden Wäsche u. Manufakturwaren
Spezialität: Turnbekleidung
Pleschen, Torgauer Straße 22.

Mutterspritzen Briketts
ausnahmsweise
1000 St. = 6.50 M. Incl. Koffer
4000 = 25. —
Tel. 319 Otto Böning Tel. 319

Frauen-Artikel
Freistil gratis. Auf Post 10 Pf. Rabatt.
Frau Heusinger
37 Am See 37
Ede Dippoldisdorfer Platz.
Man achte auf die Firma.

SINGER CO.
Nähmaschinen Act. Ges.
Dresden, Ferdinandstr. 2
nahe der Prager Straße.
Rover, Nähmaschinen
billig zu verkaufen — in Teilzahlung
Dr. Brüdergasse 21 II.

Sie müssen nicht sagen:
„Ich möchte ein Paket Malzkaffee“,
sondern
Sie müssen sagen:
„ein Paket Kathreiners Malzkaffee.“
Dann haben Sie die Sicherheit, den echten und wohlschmeckenden Kathreiners Malzkaffee zu erhalten.
Auf jedem Paket muß das Bild des Pfarrers Kneipp und die Firma Kathreiners Malzkaffee-Fabriken stehen.

Mit beiden Händen zugreifen
sowas die einschichtige sparame Hausfrau, wenn die Gelegenheit geboten ist, anstelle der teuren Naturbutter zwei so vorzügliche, unübertroffene Butterersatzmittel zu erhalten, wie die allseitig beliebten
van den Bergh'schee
Margarine-Marken,
Vitello und Clever-Stolz.
Dieses sind stets frisch erhältlich in allen besseren Kolonialwaren-Geschäften.

IVO PUHONNY.

So wie die Palme
das auf der Erde wandernde Tierreich überträgt, so überträgt das aus ihrer Frucht gewonnene Pflanzenfett Palmöl alle tierische Fette durch seine Reinheit und Güte.
Palmöl eignet sich gleich vorzüglich zum Kochen, Braten und Backen.

+ Damen +
gebrauchen bei Periodenstörung das echte **Menstruations-Pulver „Gloria“** Schacht 3 M. Viele Anerkennungen.
Frau W. Fröhlich
Wildruffer Str. 28, L.
Bismarck, Sprengapparate u. Blau, h. u. perf. Dr. Fräulein, 21. II.

Räucher Cigaretten

Perfekter Hülsenmaschinenführer
sofort gesucht.
Georg A. Jasmatzi A.-G.
Schandauer Straße 68.

Zurückgelegt vom Grabe unseres einzigen vergessenen Kindes
Herta
Lagen mit lieben Verwandten, Arbeitskollegen, Hausbewohnern und Bekannten unseren herzlichsten Dank für den reichen Blumenbesuch und die innige Teilnahme an unserem schmerzlichen Verlust. Möge jeder vor einem so schweren Schicksalsschlag bewahrt bleiben.
L. a. u., Roßmühlstraße 13.
Ernst Wiesner und Frau.

Der beste Metall-Putz... Globus-Putzextrakt... In Dosen a 10 & 20 Pf. überall erhältlich.

